

Begrüßpreis:

Wochenschrift 30.- M., monatlich 10.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10.- M., ggf. Postanweisung...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Zeit und Welt“ und der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90 - 151 97

Dienstag, den 15. Februar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53 - 54

Vom preussischen Wahlkampf.

Paß!

Die deutschnationale Presse ist in ihrem tiefsten sittlichen Empfinden verletzt, weil der „Vorwärts“ am Sonntag von „deutschnationalem Paß“ gesprochen hat. Obwohl eine Presse, die mit solchen Mitteln kämpft...

Das „Offene Wort“ aus dem deutschnationalen Lager, das wir in der gleichen Nummer des Blattes veröffentlichten, hat drüben nicht geringe Verwirrung angerichtet. Der naive Moz stammelt in seiner „Deutschen Zeitung“ wieder, wie beim Bulle-Brief sein „Umd - - -“ Die „Deutschnationale Korrespondenz“ aber schreibt:

In seiner Sonntagsausgabe bringt der „Vorwärts“ einen angeblichen Brief eines Deutschnationalen; somit sich dieser gegen den Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei, Staatsminister Herzog richtet, wird dieser, der augenblicklich auf Wahlreisen ist, selbst Stellung nehmen. Nach unserer Auffassung handelt es sich um ein Wahlmanöver des „Vorwärts“, denn „ein heroischerer Deutschnationaler“ wird niemals sein eigenes Nest derartig beschmutzen. Gegenüber den Behauptungen des „Vorwärts“ hinsichtlich des Abgeordneten Graef-Anklam sei festgestellt, daß Herr Graef am 5. Februar von Berlin abgereist ist, um seitdem täglich in seinem Wahlkreis in Pommern Vorträge zu halten. Herr Graef hat die Tätigkeit als Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Partei nicht eingestellt, sondern er steht auch jetzt noch in täglichem Briefwechsel und Telefonverkehr, um der Hauptgeschäftsstelle der Partei Anordnungen für den Wahlkampf zu geben. Alle sonstigen vom „Vorwärts“ an die Person des Abgeordneten Graef geknüpften Behauptungen sind unwohr.

Darüber, ob der Inhalt des „Offenen Wortes“ den Tatsachen entspricht oder nicht, möge sich die „Deutschnationale Korrespondenz“ mit dem Verfasser auseinandersetzen, der ihr näher steht als uns. Auch über die Frage, ob er „heroischer“ ist, wollen wir die letzte Entscheidung der deutschnationalen Parteileitung überlassen, die ihn sehr genau kennt.

Die „Kreuzzeitung“ phantasiert gar von einem „erfundenen“ Brief. Sie hat aber nicht den Mut, diesen „erfundenen“ Brief abdruckend, weil sie weiß, daß ihre Leser dann auf den ersten Blick seine Echtheit erkennen würden.

Den empfindsamen Seelen, die über das Wort „Paß“ in fiebernde Entrüstung geraten, sei in Erinnerung gebracht, wie ihre eigenen Leute den Kampf führen. Persönliche Verleumdung und Ehrabschneiderei ist ihr Hauptkampfmittel. Unendlich ist die Reihe der deutschnationalen Ehrabschneider, die vor Gericht angeprosselt wurden. Wir zeigen in folgendem einige besonders krasse Fälle:

Ehrabschneider Nr. 1: Graf Herberich-Pottin (Landrat unter dem alten System). Verleumdete den Landrat Pottsch, sich alkoholisch betrunken und in diesem Zustand mit einem Viehhändler gepörselt zu haben. Konnte vor Gericht keinerlei Beweis erbringen. Wurde zu 1500 M. Geldstrafe verurteilt.

Ehrabschneider Nr. 2: Ritterausbehalter von Stänhner-Carbe. Verleumdete die sozialdemokratischen Minister, daß sie den Staat betrügen, indem sie sich ihr Gehalt statt in Papier in Gold auszahlen ließen. Gab vor Gericht die Unwahrheit seiner Behauptungen zu. Wurde zu 1500 M. Geldstrafe verurteilt.

Ehrabschneider Nr. 3: Bauhnant z. See a. D. Sawerenz. Beschuldigte Frau Ebert und Frau Kasse, das Silberzeug der kaiserlichen Jagd „Hohenzollern“ gestohlen zu haben. Konnte vor Gericht keinerlei Beweis erbringen. Staatsanwalt beantragte drei Monate Gefängnis, Gericht erkannte auf 500 M. Geldstrafe.

Ehrabschneider Nr. 4, 5, 6: Redakteure Dräbe, Dange, Reichert. Beschuldigten in Appelsden Wäldern, Rappin Scheidemann habe sich ein Paar Luxusferde für 50 000 M. gekauft. Konnten keinerlei Beweis erbringen. Wurden zu je 150 M. Geldstrafe verurteilt.

Ehrabschneider Nr. 7: Schriftsteller Friedrich Fretta. Beschuldigte den Reichspräsidenten Ebert der Trunksucht und des Verkehrs in anrüchlichen Salons. Konnte vor Gericht keinen Beweis erbringen. Rettete sich nur durch wilselnde Abbitte seiner Scham im Versteck vor Verurteilung.

Ehrabschneider Nr. 8, 9: Redakteur Arthur Rischner, Eisenbahnreferent Hugo Rasmann. Verleumdeten die Minister Haackel und Sperdin, wogaanweise Lebensmittel verschanden und Schulergebeiter für Freiarbeite beschlagahender Lebensmittel angekommen zu haben. Der verurteilte Wahrheitsbeweis brach vor Gericht völlig zusammen. Die Angeklagten retteten sich

nur durch Abbitte und Zahlung einer Buße von 500 M. an die Armenkassa vor Verurteilung.

Das sind nur ein paar gerade herausgegriffene Fälle, die sich noch leicht durch zahlreiche weitere verzeichnen lassen, deren genaueres Material uns im Augenblick nicht vorliegt. So fehlen z. B. in der obigen Aufzählung der Kasseleer Ehrabschneider, der den Genossen Scheidemann des Mordbedarfs beschuldigt hat, der Bielefelder Ehrabschneider, der Scheidemann gleich 25 Millionen nach der Schweiz verschicken ließ, der Plawener Ehrabschneider, der Frau Ebert einen Pelz für 50 000 M. andichtete, und mancher andere dieser Sorte. Alles Leute, die für Wiederherstellung deutscher Treue und Redlichkeit kämpfen und die vor lauter Anstandsgefühl in Ohnmacht fallen, wenn ein anderer von „Paß“ redet.

Sozialdemokratische Vorschlagsliste für den Wahlkreis Potsdam I

- einshl. Kreis Niederbarnim, sowie Dichtenberg und die früher zu Niederbarnim gehörigen, jetzt eingemeindeten Vororte. 1. Wilhelm Siering, Beirat im Ministerium für Handel und Gewerbe, Berlin. 2. Richard Wendt, Leiter des Deutschen Handarbeiterverbandes, Berlin. 3. Friedrich Beinsch, Gewerkschaftsbeamter, Brandenburg a. d. H. 4. Konrad Haenisch, Staatsminister, Berlin. 5. Willy Jähle, Parteisekretär, Spandau. 6. Anna Simon, Sekretärin, Brandenburg a. d. H. 7. Adolf Busch, Metzalarbeiter, Berlin-Dichtenberg. 8. Uler Salzer, Arbeitersekretär, Ludenowalde. 9. Keiner Kempfen, Mechaniker, Spandau. 10. August Marasch, Realschullehrer, Zürickeog. 11. Dr. Feil Joh, Referent im Reichsarbeitsministerium, Berlin-Schöneberg. 12. Rudolf Wendt, Kreisleiter, Neuruppin.

Wer diese Liste wählen will, gibt folgenden Stimmzettel ab:

Landtag Provinz Kreis Sozialdemokratische Partei Deutschlands S. P. D.

Noch einmal: reaktionäre Wahlmache. Rebe als eine volle Spalte braucht die „Tägliche Rundschau“ zu einem verunglückten Versuch, die in unserer Nr. 65 festgestellte Wahlmache reaktionärer Denunzianten aus den Reichsministerien zu entkräften. Wider besseres Wissen behauptet sie, daß in dem Artikel, der sich mit der Verleumdung angeblich verdorbenen Fleisches beschäftigt, Genosse Robert Schmidt gar nicht genannt sei. Die Hauptschuld an dem Geschäft treffe den Staatssekretär Hirsch und den von uns genannten Direktor Briffow. Letzterer interessiert uns weniger, da es nicht unsere Aufgabe sein kann, die von Angebern beschmutzte Wäsche eines Ministerialangestellten zu säubern. Was aber den Staatssekretär Hirsch angeht, so ist uns positiv bekannt, daß er unter Minister Schmidt nie in Ernährungsangelegenheiten tätig war. Köme jemand als Objekt einer Beschuldigung überhaupt in Frage, so wären es höchstens der stramm konservative, trotzdem aber unseres Wissens einwandfreie frühere Staatssekretär im Ernährungswesen und jetzige Entwaffnungskommissar Dr. Peters oder sein Nachfolger, der Zentrumsmann Dr. Huber. Alles das mußte die „Tägliche Rundschau“ bei sorgfamer Behandlung des „Falles“ wissen. Man fragt sich, ob es Impotenz oder böser Wille ist, der sie diese Komödie aufführen läßt.

Vor etwa 400 Beamten und Angestellten sprach im Bürgeraal des Friedenaer Rathauses in einer von den Genossen der 80. und 81. Abteilung veranstalteten Wählerversammlung Genosse Franz Krüger in fast zweistündiger Rede über „Die Bedeutung der Wahlen für die Beamten und Angestellten“. Nicht Kommunisten und Unabhängige betrachtete die Reaktion als gefährliche Gegner, sondern allein die Sozialdemokratische Partei, weil sie mit jüher Entschlossenheit ihnen die politische Macht Stück für Stück entringt. Darum kann es für Beamte und Angestellte nichts anderes helfen, als den 20. Februar zu einem Siegestag für die Sozialdemokratische Partei machen zu helfen. (Starker Beifall) - Den einzigen Diskussionsredner, einen alten Herrn, der eine Lanze für die Monarchie und - Wilhelm II. brach, fertigte der Referent unter stürmischem Beifall der Versammlung ab.

Polizeilicher Schutz der Wahlen. Der Minister des Innern, Severina, hat an die Regierungspräsidenten und den Berliner Polizeipräsidenten folgenden Erlaß gerichtet:

„Am Hinblick auf die am 20. Februar d. J. stattfindenden Wahlen zum preussischen Landtag pp. erlaube ich, die Polizeibehörden darauf hinzuweisen, daß sie rechtzeitig die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen haben, um die unge störte Durchführung des Wahlgeschäfts und auch im Falle darauf folgenden Bewegungen die Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten.“

Vernachlässigung der Volksschule?

Von Konrad Haenisch.

Die unabhängige „Freiheit“ beschäftigte sich dieser Tage in einem längeren Leitartikel mit der Schulpolitik des sozialistischen Unterrichtsministers. Der schwerste Vorwurf, den das Blatt gegen diese Politik erhebt, ist wohl der, sie vernachlässige die Interessen der Volksschule gegenüber den Interessen der Universitäten. Die Schule des Volkes müsse „einem sozialistischen Schulminister mehr am Herzen liegen als die Sorge um die Akademie“.

Wenn damit etwa gesagt sein soll, daß sich ein sozialistischer Unterrichtsminister um die Interessen des Hochschulwesens überhaupt nicht zu kümmern habe, so müßte ich eine solche Auffassung auf das entschiedenste zurückweisen. Es war immer der Stolz gerade der Sozialdemokratie, daß sie neben den Klasseninteressen der Arbeiterschaft im engeren Sinne auch die großen kulturellen Interessen des gesamten Volkes mit Umsicht und aus warmer Ueberzeugung zu verfechten gewußt hat. Ueberdies kommen natürlich die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung und Lehre keineswegs nur der Akademikerkaste selbst zugute, sondern befruchten durch tausend Kanäle das gesamte Volksleben. Man denke nur an die Bedeutung, die z. B. die Forschungen auf dem Gebiete der Seuchenbekämpfung und im Zusammenhang damit an die Bedeutung, die die Ausbildung eines Nachwuchses tüchtiger Metzgerschlechter für das ganze Volk besitzen. Das gleiche gilt von dem Ausbau des volkswirtschaftlichen Unterrichts. Dieser soll in seinen neuen Formen dazu dienen, unser gesamtes höheres Beamtentum in weit umfassenderer Weise als bisher einzustellen auf die großen volkswirtschaftlichen Aufgaben der Gegenwart und der Zukunft, damit es - um ein Wort von Friedrich Engels zu zitieren - künftighin nicht so sehr Menschen regiere als wirtschaftliche Güter verwalte. Wie sehr solche neue Einstellung der Verwaltung das ganze Volk berührt, liegt auf der Hand. Diese Beispiele liegen sich leicht verzeihnachen.

Über der Vorwurf der „Freiheit“ wäre auch dann unbedeutend, wenn er dem sozialistischen Kultusminister seine Fürsorge für die wirtschaftliche Lage der Studentenschaft und der an unseren Universitäten Lehrenden zum Vorwurf machen wollte. Was insbesondere die Studenten angeht, so sind sie in ihrer großen Masse heute zu einer durchaus proletarischen, teilweise sogar zu einer unterproletarischen Lebensführung gezwungen und alles andere eher als Exponenten des Kapitalismus. Den jungen Akademikern klarzumachen, daß die Interessen von Kopf- und Handarbeitern letzten Endes zusammenfallen und daß sie deshalb Schulter an Schulter mit der Arbeiterschaft kämpfen müssen, das ist nach meinem Empfinden keineswegs die unwichtigste Aufgabe eines sozialistischen Unterrichtsministers, und auch die „Freiheit“, der doch gewiß Vassalle schönes und großes Wort von dem Zweibund der Wissenschaft und der Arbeiter bekannt ist, sollte daran keinen Anstoß nehmen.

Berechtigt wäre die „Freiheit“ zu ihrer Klage nur dann, wenn es wirklich zuträfe, daß der sozialistische Unterrichtsminister gegenüber seiner Arbeit für die Hochschule die Interessen der Volksschule vernachlässigt hätte. Daß das nicht richtig ist, hätten eigentlich auch der „Freiheit“ schon die beiden Aufsätze beweisen müssen, die ich im Januar im „Vorwärts“ über Schulpolitik im Volksstaate veröffentlicht habe. Aber wenn die „Freiheit“ mir selbst nicht glaubt, so glaubt sie vielleicht der Stimme von Männern, die ihrer Vorbildung und Stellung nach besonders berufen sind, gerade diese Dinge zu beurteilen. Ich meine die Lehrerschaft und ihre berufenen Organe selbst.

Man wird sich erinnern, daß im alten Preußen zwischen den großen Verbänden der Volksschullehrerschaft und den jeweiligen Unterrichtsministern fast dauernd ein Zustand der Spannung, ja der Gegnerschaft bestand, weil die Lehrerschaft - damals mit Recht - glaubte, daß die Volksschule im Staate die Rolle eines Achenbröckels spielte. Wie ist demgegenüber die Auffassung der Lehrerschaft, ihrer berufenen Führer und ihrer Vorgesetzten über die Volksschularbeit des sozialistischen Unterrichtsministers? Aus den vielen Hunderten von Kundgebungen, die sich darüber in den Archiven des Unterrichtsministeriums befinden und mit deren Ueineranderreihung ich mindestens ein Duzend Nummern des „Vorwärts“ von der ersten bis zur letzten Spalte füllen könnte, greife ich hier nur einige wenige heraus, um dem werktätigen Volke zu zeigen, wie gänzlich unberechtigt der Vorwurf der „Freiheit“ ist, die Volksschulinteressen würden gegenüber den Interessen der Hochschulen vernachlässigt.

Die „Neue Westdeutsche Lehrerzeitung“ vom 20. November 1920 kommt am Schluß einer Artikelserie, in der manche Verwaltungsmaßnahmen des Ministers rückhaltlos kritisiert wurden, schließlich doch zu folgendem Ergebnis: „Wir wissen wohl, daß die preussische Lehrerschaft dem heutigen Kultusminister weit mehr zu verdanken hat, als all seinen Vorgängern zusammengezommen.“

Der „Zeltungsdienst des Preussischen Lehrervereins“ führte am 27. Oktober 1920 in einem längeren Artikel folgendes aus:

Der von rechts und links am stärksten angefeindete Staatsmann seit der Revolution ist der preußische Unterrichtsminister. Vielleicht hat er gerade, weil er bei den äußersten Flügelpartei nach beiden Seiten hin gleich heftigen Widerstand erregte, die in diesen zwei letzten Jahren einzig mögliche Kulturpolitik des vorliegenden Abwartens und des schnellen Zupackens bei richtigen Gelegenheiten klug getroffen.

Selbst ein politisch und kirchlich so weit rechts stehendes Schulorgan wie „Der Volkserzieher“ (sein Kopf ist mit einem Hakenkreuz geschmückt) schrieb am 5. September 1920: „Man darf um so weniger schweigen, als uns erst vor kurzem von einem alten Geheimrat aus der Studzeit berichtet wurde, im preußischen Kultusministerium sei in den zwei Jahren hienach für den Fortschritt und Ausbau der deutschen Schule mehr getan, als in dem ganzen Jahrhundert vorher. Und das müßten auch die politischen Gegner des Ministers anerkennen.“

Das stimmt fast wörtlich mit dem überein, was einige Monate später bei der Beratung des Kultusrats im Hauptauschuß der Preussischen Landesversammlung der freisinnige Abgeordnete Nestor Kimpel ausführte, daß nämlich unter dem sozialistischen Kultusminister in zwei Jahren weit mehr Schulreformen durchgeführt worden seien, als in den letzten 50 Jahren zusammengenommen.

Ein anderes Lehrerorgan, das mir gleichfalls im allgemeinen keineswegs freundlich gesinnt ist, die „Schulpflege“, das Organ des preussischen Rektorenvereins, sieht sich in seiner Nummer 5 vom 29. Januar 1921 zu folgendem Eingeständnis gezwungen:

„Auch wir erkennen dankbar die Verdienste des Ministers an, die er sich erworben hat um die Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht, die Durchführung der Sachaufsicht, die Lehrerbesoldung, Gleichstellung von Stadt- und Landlehrern und die Lehrerfortbildung. In der Geschichte der preussischen Volksschule würde sein Name niemals vergessen werden können, wenn er nur eine dieser Taten zu nennen hätte, so aber reißt sich Glied an Glied.“

Besonders bemerkenswert war die Haltung der Lehrerpresse in den Tagen zur Zeit des Rapp-Bußches und nach seiner Beendigung, als mit der Möglichkeit eines Rücktritts auch des preussischen Kultusministers gerechnet werden mußte. Damals schrieb z. B. die „Preussische Lehrzeitung“ (4. April 1920):

„Konrad Haensch hat wieder die Fäden der obersten Schulverwaltung fest in der Hand. Er ist zwar kein „Fachmann“ im eigentlichen Sinne des Wortes, sondern ein Volksmann, der, aus dem Volke hervorgegangen, die Bedürfnisse und Bestrebungen des Volkes nach geistiger Nahrung kennt und ernstlich bemüht ist, eine gesteigerte Bildung allen denen zugänglich zu machen, die Neigung und Fähigkeit zu ihrem sozialen Aufstieg haben. Ganz besonders liegt ihm die Hebung der Volksschule, der Trägerin der Volkserziehung, am Herzen. Ihren Auf- und Ausbau läßt er sich mit inniger Hingabe angelegen sein; denn er weiß, daß er damit dem Volke den größten und besten Dienst erweist. Als „Minister des Volkes“ hat er nunmehr reichlich Gelegenheit, seine früheren fortschrittlichen Schulforderungen in die Tat umzusetzen und die Sünden der Vorzeit, unter denen das Volk geistig verblümmert, wieder gut zu machen. Und es muß vorurteilsfrei anerkannt werden, daß er davon durchgreifend Gebrauch gemacht hat.“

Aus dem gleichen Anlaß (Rapp-Bußch) schrieb die „Frankfurter Schulzeitung“ vom 13. April 1920:

„Mit besonderer Begeisterung hat es mich erfüllt, wenn ich der Möglichkeit gedachte, daß von den Wogen der aufgeregten Zeit gerade der Minister hinweggepült werden könnte, dem das Wohl und Wehe der neuen preussischen Volksschule anvertraut ist und zu dessen Leitung und Führung — das darf man wohl ohne Übertreibung sagen — die große Mehrheit der preussischen Lehrerschaft vertrauensvoll emporschaut.“

Schließlich sei noch eines Rückblicks auf „Zwei Jahre Schulpolitik im preussischen Staat“ aufmerksam gemacht, den das Zentralorgan der preussischen Lehrerschaft, die „Preussische Lehrzeitung“, am 18. Dezember 1920 brachte. In diesem Artikel heißt es:

„Preußen ist in seinen schulpolitischen Maßnahmen der letzten beiden Jahre an manchen Stellen weiter gegangen als irgend-

anderes deutsches Land. Der Zulassung seiner Volksschullehrer zum Universitätsstudium sind keine Schranken gesetzt, wie das in einigen anderen Ländern durch die Forderung eines besonderen Zeugnisgrades der Fall ist. Die Leipziger Lehrzeitung“ mußte kürzlich mit Bedauern feststellen, daß man in freistaat Sachsen noch weit von dem Ziele entfernt sei, das in Preußen durch die Mitwirkung der Lehrerräte bei der Wahl der Kreislehrer erreicht ist (folgt ein Vergleich der reaktionären bayerischen Schulpolitik mit der Preussens).“

Nur wenn der neue Landtag den Kurs einschlägt, den die Unterrichtsverwaltung gemeinsam mit der Landesversammlung zwei Jahre lang gesteuert ist, werden die weiteren Fortschritte möglich sein, die wir von der Zukunft fordern müssen.“

Es wird Aufgabe der gesamten preussischen Lehrerschaft und aller am Schutze interessierten Kreise — und das ist schließlich das ganze preussische Volk — sein, am 20. Februar aus allen diesen Darlegungen die praktische Schlussfolgerung zu ziehen, und dafür Sorge zu tragen, daß an diesem Tage in Preußen sozialdemokratisch Trumpf ist. Und in dieser Aufgabe dürfen sie sich nicht durch unkorrigierte Verkleinerungen des Erreichten beirren lassen.

Nach der Rede Simons.

Zur Stuttgarter Rede des Reichsministers Dr. Simons sagt „Journal des Débats“, der Minister habe sich zwar korrekter ausgedrückt als in seiner Reichstagsrede, aber doch aufs neue erklärt, das Abkommen von Paris sei als Verhandlungsgrundlage unannehmbar. Er habe gesagt, die Revision des Pariser Friedensvertrages sei unvermeidlich. Er habe sogar dagegen protestiert, daß der Vertrag von Versailles Deutschland die Schuld am Kriege zuerkenne. Man könne nicht gestatten, daß die Minister von Berlin und Wien wieder die Legende von der Unschuld verbreiteten. Die Alliierten dürften offizielle Kundgebungen wie die in Stuttgart nicht dulden. Die deutschen Vertreter wären nicht nach London berufen, um über die Revision des Pariser Abkommens zu verhandeln, sie hätten nur Vorschläge über die besten Ausführungsbedingungen der in Paris getroffenen Entscheidungen vorzubringen. Man dürfe nicht dulden, daß sie von Revision sprächen.

„Temps“ meint, die Stuttgarter Rede gebe allen denjenigen Recht, die die Notwendigkeit erkannt haben, zu handeln. Die deutsche Regierung gehe nach London in der Absicht, das Abkommen vom 29. Januar abzulehnen, weil der ersten Weigerung im Reichstag keine Sanktion gefolgt sei.

Die Pariser Presse soll nicht glauben, daß sie mit Irrführungen und Einschüchterungsversuchen etwas erreicht. Simons hat nicht die Legende von der Unschuld Deutschlands verbreitet — damit würde er in Deutschland selbst ausgelacht werden —, sondern er hat mit vollem Recht gegen die Legende von der blütenweißen Unschuld aller anderen protestiert. Wenn das „Journal des Débats“ meint, die Alliierten dürften solche Kundgebungen nicht dulden, so ist darauf zu antworten, daß sich kein Mensch in Deutschland mehr dazu hergeben würde, Minister zu sein, wenn die Entente die Meinungsfreiheit der deutschen Regierung unterdrücke.

Aus der Äußerung des „Temps“ wie des „Journal des Débats“ geht hervor, daß beide Blätter die Rechtslage vollständig verkennen. Die Pariser Vorschläge stellen eine Revision des Friedensvertrages vor, die statt einer festen Summe für 30 Jahre eine variable für 42 vorsehen. Wenn in London über die Pariser Vorschläge geredet wird, so wird eben über die Revision geredet, und dabei ist Deutschland ein gleichberechtigter Faktor. Kann eine Einigung über die Revision nicht erzielt werden, dann treten nicht die Pariser Beschlüsse, sondern die Bestimmung des Vertrages in Kraft, und erst wenn diese von Deutschland nicht eingehalten werden, können die vertragsmäßigen Sanktionen, die Strafbestimmungen, zur Anwendung kommen, zu denen die Besetzung weiterer Gebiete oder die Errichtung einer inneren Zollgrenze nicht gehören. Wenn die französische Regierung dem brutalen Rat des

„Temps“, auf die Weigerung des Reichstags gleich die „Sanktionen“ zu setzen, nicht folgte, so wußte sie sehr genau, was sie tat. Sie wußte, daß durch vertragswidrige Anwendung von Gewalt der Vertrag nicht durchgeführt, sondern nur verweigert werden kann.

Der Londoner Korrespondent des „Temps“ teilt mit, daß der Vorschlag Dr. Birchs, Deutschland solle einen Teil der Entschädigungssumme durch Arbeit in den zerstörten Gebieten abtragen, in London interessant gefunden wurde. Es frage sich nur, welche Aufnahme dieser Vorschlag in Frankreich und Belgien finden werde. Die liberalen und radikale englische Presse sucht weiterhin nachzuweisen, daß die deutsche Entschädigungszahlung, in welcher Gestalt sie auch erfolgen möge, die Alliierten ruinieren müsse. Gegen solche Anschauungen wendet sich heute „Daily Chronicle“, das Blatt Lord Georges, das sagt, wenn solche Argumente wahr wären, so könnte niemals ein Bund von einem anderen bezahlt werden. Uebrigens könne man sich eine Vorstellung von den deutschen Gegenanschlägen machen, sobald man wisse, daß diese von einem Komitee von Großindustriellen ausgearbeitet worden seien, an dessen Spitze Hugo Stinnes stehe.

Nachweisbare Unwahrheit.

Die „Boschische Zeitung“, deren Annäherungspolitik an Frankreich darin besteht, den französischen Standpunkt kritisch und widerspruchlos dem deutschen Leser auseinanderzusetzen, wobei man meist den Eindruck gewinnt, als mache sie sich diesen Standpunkt zu eigen, veröffentlichte in ihrer Sonntagsausgabe ein ausführliches Telegramm ihres Pariser Berichterstatters über die „Vorgeschichte“ der Pariser Beschlüsse, wie sie diesem von „unterrichteter französischer Seite“ geschildert worden ist. Danach sei der 16. Januar, nämlich der Tag der Rückkehr Bergmanns aus Berlin, das entscheidende Datum gewesen. In Frankreich wäre man schon geneigt gewesen, sich mit Deutschland auf der Grundlage des Senburgischen Planes zu verständigen, aber der „ausweichende Bescheid“ des Staatssekretärs habe die Hoffnungen der französischen Verständigungspolitik enttäuscht. Ferner hätten die in Brüssel mitgeteilten „Voraussetzungen“ (Oberschlesien, Besatzung von Schiffe usw.) das schon bestehende Mißtrauen notwendig noch steigern müssen. Infolgedessen hätten die Verständigungspolitik der Scharfmacher das Feld räumen müssen und so seien die Pariser Beschlüsse entstanden.

Diese französische Argumentation ist nicht neu. Schon der „Temps“ hatte sie zur Begründung des offensündigen Frontwechsels seiner Regierung vorgebracht und die „Boschische Zeitung“ mit Wohlwollen wiedergegeben. Aber dieses neue Telegramm der „Boschischen“ verdient Beachtung, weil es den klaren Beweis enthält, wie unwahrhaftig und unwahr diese Argumentation ist, mit der die kontinentalpolitischen Querulanten auch in dieser Zeit versuchen, aus lauter „Objektivität“ der deutschen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten und die französische zu entschuldigen.

Der 16. Januar soll danach das „entscheidende Datum“ gewesen sein; aber bereits am 12. Januar war die Regierung Lennues gekürzt worden, und zwar ausschließlich deshalb, weil die nationalsozialistische Kammermehrheit das Zustandekommen des Lennues-Planen, der den Bankrott der Wahlpapier des „nationalen Blockes“, daß der „Rache“ alles bezahlet werde, bedeutet hätte, um jeden Preis verhindern wollte. Die betreffende Kammerführung hat nur wenige Minuten gedauert, und nur einige Redner haben dabei ihr Mißtrauensvotum kurz begründet: das einzige aber, was der Sprecher des Blockes, Hg. Hofmann, erklärte, war, daß er nicht wolle, daß der Ministerpräsident Frankreichs auf der bevorstehenden Pariser Konferenz mit demselben französischen Ratgeber erscheine, der das Land in Brüssel vertreten habe. Damit war Sendung gemeint.

Das Projekt Seydoux war also bereits vor der Rückkehr Bergmanns erledigt, nämlich seit dem Sturz des Ministeriums Lennues. Es kennzeichnet die ganze Unwahrhaftigkeit und das schlechte Gewissen des Quai d'Orsay und dessen Sprachrohr in Paris und in Berlin, wenn jetzt der ungläubigen Frontwechsel der Franzosen mit dem „ausweichenden Bescheid“ Bergmanns und mit den deutschen „Voraussetzungen“ nachträglich begründet wird.

Karneval in Oberschlesien.

Von Alfred Hein.

Das Temperament dieser chaotischsten deutschen Landschaft erhebt sich in den ausgelassenen Nächten des Karnevals mit seiner glühendsten Gewalt, alle Gegensätze seines Seelenlebens und seiner Körperlichkeit unraff verschmelzend. Die Städte und Industriorte, Ronstren, für die der Rome Dorf ebenso hehewoll klingt wie die Prägung Stadt, sind ja zur feierlichsten Stunde von den arbeitsschweigenden Rejonetten der Essen umgeben, von den glühenden Ketten der höchsten Umhüll: Niesenhunde, deren Rachen, soll er nicht auseinanderplatzen oder für immer sich schließen, immer noch Trach verlangt. Diese Höhe der Landschaft wäre ja aber westwärts noch einmal zu finden, hier jedoch schert sich das Volk, das ganz diesem Wirbel von Welt entzog. Es ist namenlos und undeutbar: wie seine Dörfer und Städte kein Gleichnis haben, voll desselben rätselreichen Dranges zu immerwährender Betätigung, Einschlüßern der Städte, wie man es in Ostpreußen kennt, Verdrängen der süßgeschmeigten Dörfer am Rhein, geruchloses Berlin norddeutscher Hofenstädte sind ungenannte Dinge hier. Hier herrscht ewiges Fluten und Gluten raumender, rasender Menschenmengen, nur vergleichbar mit dem zischenen Stahlglüh oder dem glühenden Niederlecken der roten Schloten an den düsteren Nachschaden herab. Das Förderrad in den Grabentürmen ist in seiner Umrise bei Tag und Nacht Sinnbild für das Wesen Oberschlesiens.

Die fast willenlos machende Einseitigkeit zu waghalsigster, heißester Arbeit ruft nun auch krassestes Widerspiel hervor, wenn der einzelne (nie, selbst am Weihnachtsabend nicht, können es alle sein) für Stunden von der Fron erlöst wird. Eine in mitteldeutschen Landschaften völlig unbekanntes süßes Lebensgefühl, gemischt mit einem Schuß stiller Sentimentalität, ergießt sich jubelnd und auf den Pfaden die ganze arbeitsfreie Stadt zur Ritternacht an. Am Morgen, windet sich durch das Chaos der Mietstafelarmen — denn kaum hört ein Ort auf, beginnt der andere — bis an die eichenbäumlichen Wälder heran, dort endlich Ruhe findend.

Der Tanz entsetzt in den Straßen aus der Natur dieser tosenden Leidenschaft heraus. Branntwein braust durch das Blut, die Worte sind einseitig, scharf und wild; wird ihre Wirkung zu schwach, helfen Hand, Faust und Stiefelstapf. Schlägereien schlingen danach Reizende und Unwillige zusammen, Schaulustler schreien saugen plägend einen dunklen Menschenwust in das nächtlich durch brausendes Blau der wiegenden Bogentrompen verführte Bunt der Tausenden des Badens ein. Polyzellfäden blitzen und zischen wie Wasser einen Augenblick in die wurlende Masse hinein, die Straße zeigt nun ein reingefegtes Weißblech, in das im nächsten Augenblick funterbunte Konfettibälle hineinprallen. Die Rufe rauhen nicht aus, die Hüften und Gruben jubeln mit, große Feuer erscheinen, goldene Züge ziehen in den länenden Bahnhöfen aus und ein, alle Fenster leuchten, das Band lodt in seiner leidenschaftlichen Schlaflosigkeit wie die Gestirne des Himmels.

Rolf Landner: „Wahnschaffe“. (Uraufführung im Alten Theater zu Leipzig.) Drei Lebensstationen eines sogenannten Idealisten zeigt uns Landner in seinem neuesten Drama: zuerst läßt er uns seinen heißen Wahnschaffe als Dichter sehen, dann als Arzt, dann als Politiker. Warum Wahnschaffe so schnell seine Berufe wechselt? Er ist ein Idealist und will der gemarterten Menschheit um jeden Preis helfen. Me Dichter vermag er das nicht, denn der Dichter kann nur Elend beschreiben, oder nicht ändern. So wechselt er zur Medizin hinüber. Ein unheilbarer Fall erweist in ihm jedoch (wenn auch nicht in uns) die Überzeugung, daß „Medizin die Schmerzen nicht heilen könne“. Da wird er Politiker. Revolutionärer Politiker. Löst eine Revolution aus. Erkennt sie spät (wie so und so viele ideale Bühnenpolitiker), daß die Partibonzen Machtstandpunkt legen, wo es Menschenum heißen müßte, und stirbt an dem Dolchstoß zweier plündernder Revolutionäre in der Erkenntnis, daß er doch zeitlebens ein Dichter und nichts anderes war. Dieser Gegensatz von Geldermensch und Politiker ist in Revolutionsdramen nachgerade allzuher geworden. Regelmäßig scheitert der Erdfermenich an der niederträchtigen Interpretation, die seine Revolutionsgenossen ihrem Umsturzwillen unterlegen. Wo es ihm um Glaubenssätze ging, geht es diesen um Schnaps und Posten. „Die Zeit ist für das W- wie eben noch nicht reif.“ Auch wenn ein solches Drama vorgibt, zeilos zu sein, liegt die praktische Anwendung auf unsere Revolution nicht fern, und man hat den Idemungenden Befall des Parteitags. Was Wahnschaffe unter Menschenum versteht, das er so drohend verkündet, sagt er uns ebenjowenig, wie irgendeiner der Revolutions-Idealisten dieser Art. Allenfalls wird angedeutet, daß dieses „Menschenum“ Sach gegen organisatorische Kleinarbeit und konkrete Forderungen bedeutet. Der Himmel behüte uns vor einem B-iz, das solche „Idealisten“ sich zu Führern bestellt ebenjowenig wie vor Führern, deren Garde aus solchen Lumpenketten besteht, wie sie Landner sich allein als Treiber der Revolution scheitern vorstellen zu können.

Das Drama zieht in 15 kurzen Bildern an uns vorüber. Einzelne Bilder wirken stark, so besonders die Sterbeszene des Lebere. Aber im ganzen ist dieses Revolutions- oder vielmehr Antirevolutionsdrama ein Rückfall Landners im Verhältnis zu seinem früheren Schaffen, besonders dem zarten, geschmackvollen „Christa die Tante“. Die im übrigen vorzügliche Darstellung genügt in der Titelrolle durchaus nicht. Der Beifall war mäßig und nicht ohne Widerspruch.

Spanien-Maschine im Schauspielhaus. Je mehr man von diesem, unter dem Titel „Stimmen der Völker“ veranstalteten Zirkus hört, desto klarer wird, daß diese Mittagsveranstaltungen ihren Zweck nicht erfüllen. Den Reizung versagen sie nicht in den Geist des betreffenden Volks einzuführen, da die Programme von der Defamationsauswahl der Regierungen abhängig sind, und den Kenner langweilen sie. Sollten sich für solche Mittagsveranstaltungen nicht andere Stoffe finden lassen? Könnte man nicht Anakter, die sonst nicht gespielt werden, hier mit den jungen Kräften, die sich eben wollen geben? Oder anderes, was mit dem Theater zu schaffen hat? Diesmal war Spanien baron. Ray Hojday, der den einleitenden Vortrag hielt, schätzte das Niveau der Besucher denn doch zu niedrig ein; er gab wenig mehr als literarisch-historisches Getrippe; was aber, wie der Beifall bewies, vielen schon genug war. Traß

Reppier las aus der Autobiographie Cristoph Columbus, die hier nicht hingehört, aus dem „Don Quixote“ und, sehr schön, den Sigismund-Rondry aus „Das Leben ein Traum“. Grete Sandheim bemühte sich, der Herderschen Uebersetzung des „Gib Schwung zu geben, scheiterte aber, an ihrer für solche Aufgaben zu kleinen Stimme. Mehr des spanischen Geistes gab Margarete Schön mit Stücken aus dem von Herze und Geibel übersehten „Spanischen Nlederbuch“. Zum Schluß versuchte jemand einen spanischen Tanz zu tanzen.

D. G. H.

„Geheimnisse des Unterbewußtseins“ behandelte Erich Czernin aus Wien in einem interessanten Vortrag, dem nächster Tage noch weitere über das „okulte Gebiet“ folgen sollen. Diesmal beschäftigte sich Czernin hauptsächlich mit den „denkenden Tieren“, wie jenen bekannten Elberfelder Wunderpferden und dem bodischen Knopfhund „Rolf“, um recht glaubhaft darzutun, daß sie geklopft haben, was das Unterbewußtsein des Lehrers und Fragers ihnen gebot. Wie die Gedankenübertragung in diesen, wie in Fällen menschlicher Helferei geschieht, wird nicht dargelegt. Das Unterbewußtsein sammelt nach Czernin Eindrücke aus allen Lebensaltern unverwundbar auf und läßt sie gelegentlich — bei Helfereien öfter und wohl auch willkürlich — aber die bemusste Bewußtschwelle treten. Es fehlte nicht an Beispielen aus der freilich höchst unstrukturierten Literatur und aus eigener Erfindung.

Die Frühjahr-Ausstellung der Berliner Geographie wird Ende März eröffnet werden und der modernen Kundbewegung unter der Förderung der Mitglieder Naeke, Krauskopf, Rohlf, Bock, Feilich und Deleking gemeldet sein. Anmeldung auch Nichtmitgliedern bis zum 26. Februar im Sekretariat gefaltet.

Landwirtschaftliche Lehrfilme. Mit Unterstützung des preussischen Landwirtschaftsministeriums wird von der Städtischen Zentralbibliothek für Erziehung und Unterricht und dem Zentralinstitut für Landlichtspiele vom 21. bis 28. März ein Lehrgang über Weibach, Technik und Organisation von Fütterungsanlagen mit Vortrag in veranstaltet. — Teilnehmerkarten durch die Geschäftsstelle der Landlichtspiele, Bernburger Straße 13.

Auf der Bühne wohnhaft geworden ist am Sonntag im Preussischen Staatstheater der Schauspieler Hans Holtberg, der den Reich darstellen sollte. Er wurde in eine Toilette gedrückt, in der er noch in der gleichen Nacht starb.

Der Kampf um die Weißschadmeißelerschaft. Dr. Zoller, seit langen Jahren unbestrittener Inhaber des Weisseißelrechts, reißt nach Stuba, um dort den noch langwierigen Verhandlungen endlich anwesenden Weisseißelkampf anzuknüpfen und dem lubanischen Weisseißel Supablanca auszuflechten.

Der Kampf gegen § 175 und der Staatsanwalt. Die beiden ersten Nummern der im Verlag Rolf Brand erscheinenden „Kreuz und Freiheit“ wurden von der Kriminalpolizei konfisziert. Anlaß zur Konfiskation soll ein Artikel „Waffen und Volkswaffen“ gegeben haben, der sich mit der gleichgeschlechtlichen Liebe der Weissen befaßt. An der zweiten Nummer schrieb ein evangelischer Pfarrer „Über den Grund des brutalen Mordes gegen die gleichgeschlechtliche Liebe“. So wird in beiden Nummern ein Verstoß gegen § 184 gesehen.

Das Radio-Bestell, der Jahreszettel hindurch für verfallen angesehen wurde, ist auf einem Schick des Ritters Herrmann von Hagedorn-Waldenburg durch Dr. Gustav Wagner angekauft und wissenschaftlich bearbeitet worden. Der erste Band wird schon in nächster Zeit im gemeinsamen Verlag der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart-Verlag und des Julius Springer in Berlin erscheinen.

Groß-Berlin

Zur Kommunalisierung des Anschlagwesens.

Der Plan, das Anschlagwesen Berlins in die Hände der Gemeinde überzuführen, wird von den bürgerlichen Parteien und den ihnen angeschlossenen Interessenten auf das heftigste bekämpft. Die bürgerlichen Parteien und deren Presse benutzen gegenwärtig noch die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse, um gegen alle Kommunalisierungsbestrebungen überhaupt Front zu machen. Die Sozialdemokratie ist grundsätzlich für die Verstaatlichung des Anschlagwesens. Sie wird, wenn es sich herausstellen sollte, daß die Übernahme des Kauf- und Hartmannschen Betriebes als im Interesse der Stadt liegend erscheint, dem Projekt ihre Zustimmung geben. Voraussetzungen natürlich ist, daß die vorhandenen Maschinen sowie alles übrige technische Material sich in gutem Zustande befindet und preiswert ist. Daß die Verstaatlichung des Anschlagwesens sich durchaus bewährt und im Interesse der Gemeinde liegt, beweist gerade das Beispiel Neudöns, welches die Gegner des Kommunalisierungsgedankens in der letzten Stadtverordnetenversammlung als abschreckend hinzustellen suchten. Neudöns hat nicht nur seine eigenen Druckaufträge durch seine Druckerei erledigt, sondern auch für private Firmen Arbeiten hergestellt. Und der Betrieb hat nicht, wie die bürgerlichen Redner betonten, mit Defizit, sondern mit Ueberschüssen gearbeitet. Hätten die freisinnigen Stadtväter bereits vor vielen Jahren das Anschlagwesen verstaatlicht, so bräuheten wir uns heute nicht erneut mit diesem Problem zu beschäftigen. Statt dessen haben sie einer aus kleinen Anfängen entstandenen Firma auf Kosten der Allgemeinheit zu erheblichem Reichtum verholfen. Obwohl die Verhältnisse heute wesentlich unünstiger für die Stadt liegen als damals, besteht kein Anlaß, die Kommunalisierung des Druck- und Anschlagwesens als ein Schreckgespenst im bürgerlichen Sinne zu betrachten. Die Neudöns-Gemeinde Berlin tritt mit ihren ungedeuteten Druckaufträgen schon allein als ein großer Arbeitgeber auf, daß durch sie ein ansehnlicher Betrieb aufrechterhalten werden kann. Stellen sich also nicht unüberwindliche Hindernisse in der Beschaffung von Geldmitteln für die Errichtung eines solchen städtischen Unternehmens dar, so wäre nicht einzusehen, weshalb auch für Berlin das Druck- und Anschlagwesen dem privaten Erwerb überlassen bleiben sollte.

Die Wahlen im 14. Verwaltungsbezirk.

Die Bezirksvertretung des 14. Verwaltungsbezirks wählte gestern zum ersten Bürgermeister den bisherigen Neudönsler Bürgermeister Gen. Scholl, zu seinem Stellvertreter Radle (N.S.P.), zum Stadtmedizinalrat Gen. Dr. Silberstein, als Vauat den bisherigen Neudönsler Vauat Jizler, als Juristen Gen. Assessor Brumby. Weitere befohlene Stadträte sind Waldheim, Dr. Löwenstein und Schneider (N.S.P.), Dreißer (bürgerlich) und Lude (Kommunist). Die Wahl der unbedeutenden Stadträte hatte folgendes Ergebnis: Heidemann und Schuch (S.P.D.), Freund, Rosenkrantz (N.S.P.), und Schneewitz (Kommunist), Dr. Dehne und Riemey (bürgerlich).

Her mit den See- und Flußufer!

Welchen wunderbaren Naturfreund hätte es nicht schon verdrossen, daß in der Umgebung Berlins die Ufer wald- und umkränzt von Seen und Flüssen nur zu oft durch private Grundbesitzer dem öffentlichen Verkehr entzogen sind. Im Regierungsbezirk Potsdam wurden bereits vor einem Jahrzehnt die Kreisverwaltungen angewiesen, ihr Augenmerk auf möglichst freiehaltung der Ufer zu richten und die Gemeinden zu einer rechtzeitigen Freilegung von Uferstraßen und Uferpromenaden zu veranlassen. Trotzdem kann man auch jetzt noch erleben, daß für ein solches Ufer ein Bauplan aufgestellt wird, der es dem öffentlichen Verkehr entzieht und den Anspruch eines privaten Eigentümers sanktioniert. Die Gemeinde Gladow a. d. H. hat noch Ende 1920 einen Bauplan aufstellen lassen, der die in Gladow vorgesehene Uferpromenade nicht bis Sacrow durchläßt, sondern sie schon lange vorher von der Havel abzlenkt und in die Gladow-Sacrower Chauflée einmündet läßt. Der Vater dieses Bauplanes ist ein Baumeister, der selber auf Gladower Gebiet ein Ufergrundstück besitzt. Noch vor seinem Grundriß würde die Uferpromenade als solche aufhören und nach der Chauflée abfließen. Wir erfahren, daß an den Regierungspräsidenten zu Potsdam eine auf diesen Mangel des Bauplanes hinweisende Eingabe gerichtet worden ist, die um Gegenmaßnahmen bittet. Die Angelegenheit dürfte auch den preußischen Minister für Volkswohlfahrt interessieren, der noch im Oktober 1920 jene alte Verfügung des Potsdamer Regierungspräsidenten seinerseits durch Kundverfügung (ges. i. V.: Scheidt) allen Regierungspräsidenten zur Nachachtung empfohlen hat. Gladow gehört jetzt zur neuen Stadtgemeinde Berlin. Da werden die Gladower sich wohl noch eine Korrektur ihres Bauplanes abzuverlangen.

Wir erfahren, daß an den Regierungspräsidenten zu Potsdam eine auf diesen Mangel des Bauplanes hinweisende Eingabe gerichtet worden ist, die um Gegenmaßnahmen bittet. Die Angelegenheit dürfte auch den preußischen Minister für Volkswohlfahrt interessieren, der noch im Oktober 1920 jene alte Verfügung des Potsdamer Regierungspräsidenten seinerseits durch Kundverfügung (ges. i. V.: Scheidt) allen Regierungspräsidenten zur Nachachtung empfohlen hat. Gladow gehört jetzt zur neuen Stadtgemeinde Berlin. Da werden die Gladower sich wohl noch eine Korrektur ihres Bauplanes abzuverlangen.

Oeffentl. Wählerversammlungen

- Morgen, Mittwoch, den 16. Februar, abends 7 Uhr: Kreis 11 (Schöneberg-Friedenau): Siedlung „Lindenhof“, bei Händel. Referent: Georg Petersdorff. Lichtentode: bei Kobermann, Waldrestaurant Hesperstraße. Referent: Eduard Bernstein. Grünau: bei Vuchholz, Friedrichstraße. Referent: Franz Krüner. Buchholz: bei Kühne, Berliner Str. 39. Ref.: Rudolf Wisell, M. d. R. Charlottenburg: Auguste-Viktoria-Schule, Rärnberger Straße 63. Referent: Finanzminister Ebdemann. Schöneberg: Hohenzollern-Gymnasium, Pelziger Straße 48/52. Referent: Ernst Heilmann, M. d. L.

Oeffentliche Frauenversammlungen:

- Neudöns: Gaudrinnstraße, Kaiser-Friedrich-Straße am Herzbergplatz. Referentin: Hedwig Wachenheim. Tempelhof: Gymnasium Kaiserin-Augusta-Straße. Referentin: Genosin Steinhaus.

Beamte und Angestellte der Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten!

Lichterfelde: abends 7 1/2 Uhr im Rathaus, Schilderstraße 82. Referent: Arthur Albinus (Schmann des Volksrecht-Ausschusses): „Die Bedeutung der Landtagswahlen für die Beamten und Angestellten“.

Bauplanes gefallen lassen müssen. Wir hören übrigens, daß auch bei ihnen der Gedanke einer Ablenkung der Uferpromenade nicht viele Freunde hat. Berlin und die berechtigten Ansprüche der Ufer-Sonn- und Feiertage dort ihre Erholung stehenden Bevölkerung zu wahren haben und auf Durchführung der Uferpromenade bringen müssen.

Wahlhilfe

am 20. Februar zu leisten ist die Ehrenpflicht eines jeden Parteimitgliedes. Um eine rechtzeitige Einleitung der zur Verfügung stehenden Kräfte zu ermöglichen, bitten wir alle Genossinnen und Genossen, die sich am Wahltag ganz oder für einige Stunden zur Verfügung stellen wollen, sich sofort bei ihren Bezirks- oder Abteilungsleitern zu melden. Helft alle zum Siege der S.P.D.! Der Vorstand des Bezirksverbandes Berlin der S.P.D.

Neue umfangreiche Waffenfunde in Berlin.

2000 Infanteriegewehre beschlagnahmt. Während man in der Reichspresse das Bürgertum mit Aufmarschplänen und geheimen Waffentagern einer phantastischen „Koten Armer“ grandios zu machen versucht, rüsten die Kappisten und ihr hochverräterischer Anhang, um eines Tages die gesamte Arbeiterschaft niederzuschlagen. Einen Einblick in das Treiben der Kapp-Künger geben neue umfangreiche Waffenfunde, über die das Berliner Polizeipräsidium berichtet. Wie erinnerlich, beschlagnahmte die Berliner Polizei vor mehreren Tagen in Westend eine Anzahl Waffen und stellte fest, daß diese Waffen (insgesamt 39 Maschinengewehre, 33 Karabiner, 46 Seitengewehre, zahlreiche M.-G.-Munition und M.-G.-Gerät der verschiedensten Art) von Mitgliedern einer Orchest-Organisation, einem Assessor Dr. Hehl und Genossen nach Westend verbracht

worden sind. Polizeiliche Feststellungen haben jetzt ergeben, daß Dr. Hehl und Genossen die Waffen aus einem leerstehenden Gebäude der früheren Oberfeuerwerkerschule in Berlin, Lehrtter Straße, abgeholt haben. Die nachfolgenden Ermittlungen an Ort und Stelle führten zur Feststellung und zur Beschlagnahme eines weitern außerordentlich umfangreichen Waffenlagers, als dessen Hauptbestandteil 2000 Infanteriegewehre, Modell 1898, zu erwähnen sind. Bei den gesamten Beständen — den noch in der Lehrtter Straße befindlichen und den inzwischen von dort fortgebrachten — handelt es sich ausschließlich um Waffen und Munitionsvorräte einer früheren militärischen Zeitfreiwilligen-Formation, die nach Zeugnisaussagen vor etwa 1 1/2 Jahren Vorräte der genannten Art in dem betreffenden Gebäude untergebracht hat.

Dr. Hehl ist früher Angehöriger eines Zeitfreiwilligenverbandes gewesen. Als bemerkenswert ist ferner hervorzuheben, daß Dr. Hehl bis zum Kapp-Putsch bei der Oberstaatsanwaltschaft des Kammergerichts als Verichtsaessler beschäftigt war, seitdem aber beurlaubt ist, da gegen ihn ein Verfahren wegen Beteiligung am Kapp-Putsch schwebt. Das Polizeipräsidium hat die Ermittlungsgänge jetzt an die zuständige Staatsanwaltschaft abgegeben.

Fremdenlegionsbetrug.

Ein neuer schamloser Trick wurde in mehreren Fällen festgestellt. Die Inanspruchnahme erhalten einen Vertrag zur Unter-schrift vorgelegt, der sie zu Arbeiten im Wiederaufbau-gebiet in Nordfrankreich verpflichtet. Unter diesen Vertrag schiebt der Unterarschleiter außer einem Pogen Vauzpapier einen Ver-pflichtungsschein zur Fremdenlegion, so daß dieser durch Vauzdruck unterschrieben wird. Die Opfer werden erst ge-wahrt, wenn sie in die Hände gefallen sind, wenn es kein Zutun mehr gibt.

Der Mietvucher mit möblierten Zimmern.

Zu dieser in Nr. 68 des „Vorwärts“ veröffentlichten Notiz wird uns vom Leiter der Zentrale für Mieteinigungsämter ergänzend mit-gegeben, daß auch der Untermieter eines möblierten Zimmers sich selbst helfen kann, indem er, solange ihm nicht der Untervermieter die gemeindebehördliche Genehmigung des Mietzinses und der Nebenforde-rungen nachgewiesen hat, nicht mehr zahlt, als sich durch Teilung der gesamten Wohnungsmiete des Untervermieters durch die Zahl der Zimmer ergibt, d. h. als den Pauschalwert für das leere Zimmer. Dies Recht, das ihm der § 12 der Preussischen Höchstmietenerord-nung zugesetzt, schließt den Anspruch des Untermieters gegen den Untervermieter auf Vorlage des gegenwärtigen Mietvertrages mit dem Hauswirt sowie auf Nachweis der Friedensmiete in sich; letz-terer ist zur Kontrolle der Rechtswirksamkeit der Vertragsmiete (Ein-haltung der Höchstgrenze) erforderlich.

Der Mann mit den 40 000 Zentnern Koks.

Einem großen Schwindel eigener Art hatte der 34 Jahre alte Kaufmann Gerhard Dinkels ins Werk gesetzt, der gestern von der Kriminalpolizei festgenommen wurde. Dinkels ist an Geld-mangel und suchte nach einem möglichst bequemen Weg, sich Mittel zu verschaffen. Er fand ihn auch. In einer Schankwirtschaft lernte er einen Buchhalter B. kennen, der bei der Gasanstalt-Betriebs-gesellschaft beschäftigt ist. B. hatte die Pflege des Nachlasses eines verstorbenen Profitisten übernommen. Aus diesem Nachlass eignete sich Dinkels mehrere Briefbogen der Gasanstalt-Betriebsgesellschaft an. Sie benutzte er als Werkzeuge zu einem großangelegten Schwindel. Einen der Bogen füllte er mit der Schreibmaschine dahin aus, daß er gemäß der Verabredung in den Monaten Sep-tember bis Dezember 40 000 Zentner groben Gaskoks zum Preise von 8 M. den Zentner frei Waggon geliefert erhalten werde. Eine Anzahlung von 150 000 M. sei am 15. September zu leisten. Auf den Brief gestützt suchte Dinkels Gelder. Als diese schließlich für den gezahlten Vorschuß von 150 000 M. auch Koks sehen wollten, ging der Gauner mit ihnen zum Reichskommissar, um wegen der „Freigabe“ zu verhandeln. Natürlich wandte Dinkels sich nicht an den Reichskommissar — der Geldgeber wartete draußen —, sondern an eine im Bureau tätige Stenotypistin. Diese hat er, ihm eine Wafsgeliegenheit zu geben, da er sich die Finger beschmutzt habe. Die Stenotypistin entsprach der Bitte des feinen Herrn und so bekam Dinkels Gelegenheit, einige Briefbogen des Reichskommissariats zu stellen. Auf einem der Bogen

Schweres Blut.

Roman von Juhani Uho.

Marja hatte sich an das Fenster gesetzt und blickte hinaus, mit der Schulter nach der Stube, ohne den Kopf zu wenden, als Juha kam. „Sei nur ohne Sorge . . . sie tut dir nichts mehr . . . sie geht schon . . .“ „Reinetwegen braucht sie es nicht,“ sagte Marja matt, kaum hörbar. „Sie geht schon.“ Juha hatte sich noch nicht recht getraut, Marja anzublicken. Jetzt sah er sie. Ihre Wangen waren eingefallen, die Nasenspitze war scharf, die Brust flach, der Kopf, der früher so voll fast bis an den Gürtel gereicht hatte, schaute dünn wie ein Hänbälchen unter dem Tuch hervor. Die Kleider waren naß, an mehreren Stellen zerlegt. Juha fuhr es durch den Kopf, daß sie ja hungrig sein müsse. „Kaifa, wo bist du?“ Kaifa stürzte sogleich herein: „Ist die Frau gekommen? Wo ist sie? Ich hab's ja doch gesagt! — Ach, wie haben sie euch schlimm zugerichtet!“ Kaifa kamen die Tränen, aber Juha schrie sie an: „Geh und hol zu essen.“ Zugleich humpelt er schon selbst in das Speisekammerchen, findet dort ein Schafbein und ein Stück Brot und eilt damit in die Stube. „Ich doch, du mußt ja hungrig sein.“ „Ich ginge lieber zur Ruhe.“ „Zur Ruhe . . . gewiß, gewiß . . . aber weshalb bringst sie denn nicht die Butter . . . und die Milch . . .?“ Kaifa war dabel, in dem Speisekammerchen Butter auf einen Teller zu tun. „So, ja, so ist's gut, und Milch auch —“ Juha ging zum Geschirrbrett und nahm eine Milchbütte herab. „Nicht die, ich meiste frische . . . wo ist denn der Eimer?“ „Der ist entzwei gegangen. Bring nur die Butter hinein . . . ich meiste . . . einerlei . . . in den K-trug.“ „Da ist Schlädermilch drin.“ „Ich wäsche ihn aus . . . bring du nur die Butter hinein.“ Juha eilte an den Brunnen, um den Krug auszuwaschen. Kaifa kam herbei, nahm ihn und sprang über den Zaun in den Pferch.

„Wie ich da die Ruhe heimholen wollte,“ hub Kaifa an, „ja, wie ich da die Ruhe loorrissen nach dem Hofe zu . . . und ich ahnte ja nicht, daß sie hinter der Frau herwollten . . . dachte, das Ungeziefer wickte sie . . . o weh! Ich habe mein Körbchen mit den Erdbeeren stehen lassen . . .“ „Wo hast du es stehen lassen?“ „Dort auf der Treppe . . .“ „Ich bringe es ihr . . .“ Die Mutter kam aus dem Speicher, hatte ihre Sachen zusammengepackt, warf die Tür zu und ging ohne Abschied nach dem Strand, ließ dort das Boot vom Ufer und ruderte auf die gegenüberliegende Landzunge zu. Als Juha mit dem Körbchen in die Stube kam, sah Marja am Tischende. Sie hatte sich ein Stück Brot abgebrochen und eine Scheibe Fleisch abgehauen, das sie zu lauen versuchte, aber es schien, als könne sie es nicht hinunter-schluden. Juha blieb an der Ecke der Dienbank stehen, ohne ein Wort herauszubringen, da auch Marja nichts sagte. „Kaifa bringt gleich Milch — hm, ich gehe und wärme die Badestube.“ „Mach dir doch keine Mühe . . .“ Marja mußte so stark husten, daß sie sich vom Tisch weg-wendete. Juha eilte fort, er mußte in Bewegung bleiben, er mußte allein sein. Sie ist noch etwas scheu, fürchtet sich, glaubt viel-leicht, daß ich einen Verdacht gegen sie habe, ihr Wormwürfe machen werde. Ich, wie sie abgemagert und verkümmert ist! Wo mag sie nur gewesen sein? Wie mögen sie sie auch ge-quält haben? Sie sagte nichts, sah mir nicht in die Augen. Was braucht sie sich zu fürchten? Die Kermise war ja, als ob sie sich auch vor mir fürchtete. Als ob sie nicht gewagt hätte, mir nur die Hand zu geben. Wie ein aus dem Wald heim-gekehrtes Schälchen, so unglücklich ist sie. Juhas Kiefer zitter-ten, während er Schelte vom Holzstoß auf seine Arme lud, es fehlte nicht viel, so wäre er in Tränen ausgebrochen während er die Birkenrinde anzündete. — Ich muß sie zutraulich machen und pflegen, daß sie wird wie früher. Ich breite Stroh auf dem Fußboden und auf der Schweißbank aus, eine Viertelstunde die wie die Weihnachtsgerben, damit sie sich wohl fühlt. Lasse sie von Kaifa bähnen und kneten. Nachdem Juha die Badestube geheizt hatte, ging er, um Stroh aus der Scheune zu holen. Als er von dort zurückkam, sah er, wie Marja, von Kaifa begleitet, in ihren Speicher ging. Sie waren dort eine Weile, dann kam Kaifa heraus, und Marja zog die Tür zu. Kaifa eilte zu Juha.

„Sie möchte gern ruhen — war so müde, daß sie sich kaum aufhalten konnte.“ „Hat sie gegessen?“ „Ein klein wenig.“ „Kaifa, sag nur ja nicht, daß wir — was wir geglaubt habe, sie wäre gern weggegangen.“ „I wo! Es kamen ihr die Tränen, als ich sagte, ihr hätte gewollt, daß ihr Speicher wäre wie früher.“ Juha überkam eine fast sinnlose Freude. Marja ist un-schuldig! Sie ist nicht gern gegangen, da sie doch zurückgekehrt ist! Die Mutter hat falsch geglaubt, und der Propst hat falsch geglaubt. Und ich auch — wie konnte ich so etwas von ihr glauben? Er breitete das Stroh auf den Schweißbänken und dem Fußboden der Badestube aus, band einen Quast und trug Wasser herbei und ging dann, um die Rege auszuwerfen. Je mehr er an Marja und ihren Zustand dachte, desto mehr drückte es ihn, daß er auch nur einen Augenblick von ihr hatte glauben können, was er geglaubt hatte. Wenn sie sich erholt hat und sich wohler fühlt, bitte ich sie um Ber-gehung, sage ihr, daß ich doch nicht so etwas geglaubt habe wie die Mutter. Ich frage nicht, wie alles zugegangen ist. Schlecht ist es ihr dort ergangen, das sieht man. Aber das mag sie selber sagen. Ich forsche sie nicht aus. Ich will gegen sie sein, als ob sie von einem Besuch nach Hause gekommen wäre. Sie mag tun, wie sie will, mag erzählen, was sie für gut findet . . . oder nichts.“ Juha schaute mit dem Störchamen und kehrte erst spät am Abend zurück. „Wo ist Marja?“ fragte er Kaifa. „Sie ist nach dem Baden in ihren Speicher gegangen.“ „Hast du sie geknetet und besorgt?“ „Sie steht mich nicht, sie wollte allein baden.“ „Geh leise umher, damit sie schlafen kann. Treib die Ruhe für die Nacht ins Gehege, damit sie nicht mit den Schellen scheppern und brüllen.“ Juha schloß die Nacht auf dem Pferdefallboden, um nicht, wenn er in seinen Speicher ging, vielleicht Marja durch sein Rummeln zu stören. Nachdem er sich vergeblich bemüht hatte, Schlaf zu finden, schlich er hinter Marjas Speicher und horchte mit dem Ohr an der Wand. Er hörte nichts vom Atem einer Schlummernden, einmal nur ein schwaches Räuspfern und ein andermal einen Seufzer, wie von einer Wachenden. (Fortf. folgt.)

Praktische Kinderhilfe.

Von E. Graf.

Berliner Zeitungen beschwerten sich darüber, daß die Deutsche Kinderhilfe nicht planmäßig arbeitet und in der schlimmsten Zeit sogar völlig versagt. Man weist mit Recht auf den Mangel hin, der seinerzeit für die Sammlungen erlassen wurde und in dem es heißt: „Die Deutsche Kinderhilfe soll die Mütter, die dem kommenden Winter mit Entleeren entgegensehen, über das Schicksal ihrer Kinder beruhigen. Sie sollen die Zuversicht haben, daß ihre Kinder nicht mehr zu hungern, nicht mehr zu frieren und nicht wegen mangelnder Kleidung die Schule zu veräumen brauchen.“

Man wollte also durch schnelle Hilfe doppelte Hilfe geben und in allen Fällen eingreifen, wie es ausdrücklich hieß: „Die dem durch jahrelange Unterernährung, Kälte, Rachitis, Schlaflosigkeit (denn viele Kinder sind noch ohne Bett und Wäsche) fleißig und eifrig gewordenen Kinder schärfung, eiligst, ohne Verzug Hilfe bringen sollte, insbesondere aber dem tuberkulösen und dem der Anstodung durch Tuberkulose ausgelesenen Kinde.“ In einem anderen Schreiben hieß es denn auch richtig: „Jeder Verzug bedeutet neues Siechtum! Keine verlorene Minute kann wieder eingeholt werden.“ Erfreulicherweise blieben diese Hilferufe nicht ungehört, denn Abertausende freiwillige Helfer stellten sich in den Dienst der guten Sache und die Sammlung ergab über 50 Millionen Mark, von denen allein 7 1/2 Millionen Mark auf Berlin entfielen.

Der Winter kam, das Elend wurde größer, Kälte, Misse und Hunger verlangten rasches Eingreifen, aber der eingesezte Ausschuß arbeitete immer noch in Ruhe, die eingegangenen Millionen auch richtig zu verteilen. Darüber große Aufregung unter der Bevölkerung. Ärzte erklärten, daß all ihre Vorschläge nicht beachtet worden seien; die vorgeschlagene Hilfe ihren unglücklichen Schöpfungen gerade in der schlimmsten Zeit des Jahres nicht zuteil geworden wäre. Zahlreiche Geber erklärten, daß sie sich in Zukunft an öffentlichen Sammlungen überhaupt nicht mehr beteiligen wollten, weil die Winterhilfe auch im Januar noch nicht eingesezt habe.

Dem ärztlichen Leiter der „Tuberkulosefürsorge“ Berlin, welcher mit den Vermittlern und Elendesten der Großstadt zu tun hat, um die mörderische Großstadtleuche zu bekämpfen, wurde auf dringendes Ersuchen um schnelle Ueberweisung eines verhältnismäßig geringen Betrages aus dem angekauften Fonds zur Linderung der schlimmsten Notstände bei Kindern aus tuberkulösen Familien der Bescheid, daß es zum tiefsten Bedauern nicht möglich sei, die Fürsorgestationen vorzugsweise zu behandeln, und deshalb gebeten, zunächst den Abschluß der Sammlung, die bis zum 31. März d. J. verlängert ist, und den Beginn der allgemeinen Verteilung abzuwarten, zumal ja auch vor Ausschüttung der Gelder dem Staatskommissar Abrechnung erteilt werden müsse. Weil also dem Herrn Staatskommissar erst Abrechnung erteilt werden muß, die wahrscheinlich im Monat Mai stattfindet, müssen Hunderte und Tausende von Kindern zugrunde gehen, die noch gerettet werden konnten, wenn die Winterhilfe sofort eingesezt, die dringend benötigte Wäsche, Kleidung und Nahrung gegeben worden wäre. Kein Wunder, daß die Aufregung über diese unpraktische Winterhilfe allgemein geworden ist, die weiteren Sammlungen dadurch in Mitleidenschaft kommen!

Nicht praktischer wurde jedoch in dieser Frage z. B. in Frankfurt a. M. gearbeitet. Im Oktober 1920 erhielt der für die Vornahme einer neuen Sammlung gebildete Ausschuß vom Ministerium sowie Regierungspräsidenten die Erlaubnis, an Stelle der im ganzen Reich vorzunehmenden Kinderhilfsammlung eine „Frankfurter Winterfürsorge“ treten zu lassen. Die Erlaubnis wurde unter dem Gesichtspunkt erteilt, daß in Frankfurt a. M. bis in den Oktober hinein von der dortigen Kinderhilfe gesammelt worden war und eine Wiederholung der Kinderhilfsammlung daher einen sicheren Fehlschlag erwarten ließ. Sie wurde weiter unter der Bedingung erteilt, daß von den Gesamtergebnissen der Sammlung 10 Proz. an die Zentrale der Deutschen Kinderhilfe, Berlin, und 10 Proz. an die Provinzialstelle der Deutschen Kinderhilfe abgeführt würde. Diese Verpflichtung ist von der Frankfurter Winterfürsorge eingegangen worden und ihr wird entsprochen werden, sobald eine Ueberlicht über die Gesamtergebnisse möglich ist.

Bis Ende Januar beliefen sich die Eingänge auf rund 1300 000 M. Hieron wurden 150 000 M. in der ersten Sitzung des Winterhilfsausschusses Mitte Dezember bewilligt, die noch vor Weihnachten in Form von Gutscheinen zur Verteilung kamen.

Die Bewilligung und Verteilung geschah unter Mitwirkung der freien Gewerkschaften, der christlichen Gewerkschaften, der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, des Beamtenbundes, der Angestelltenverbände, des Bürgerausschusses, des Evangelischen Volksdienstes, des Caritasverbandes, der Zentralkasse für jüdische Wohlfahrtspflege, des Sächsischen Wohlfahrtsamtes, der Zentralkasse für private Fürsorge, der Organisationen der Kriegsbekämpften und Kriegerhinterbliebenen, Arbeiterwohlfahrt u. a. m.

Am 7. Januar wurden in der zweiten Sitzung des

Winterhilfsausschusses abermals 100 000 M. in Form von Gutscheinen ausgemorfen und 500 000 M. zur Verteilung durch Bezirksausschüsse bestimmt. Die Ausgabe von 100 000 Mark in Gutscheinen ist bis Ende Januar nahezu vollständig erfolgt.

Gleichfalls sind über die ganze Stadt verstreut 8 Bezirksausschüsse gebildet worden, bei denen die oben angeführten Verbände und Organisationen mitwirkten. Auch diese Bezirks-

Mittwoch, den 16. Februar, abends 5 Uhr: Allgemeine Flugblatt- u. Stimmzettelerbreitung von den bekannten Lokalen.

ausschüsse, deren Tätigkeit sich auch über die Monate Februar und März erstrecken soll, haben bereits tatkräftig helfen können.

In einer Sitzung am 25. Januar wurden ferner für Invalidenhilfe 15 000 M. und zur Unterstützung der Stiftung für Heimarbeiter 10 000 M. bewilligt und weitere 10 000 M. für diese Invalidenhilfe und 50 000 M. für eine Hilfe in Notgeräter Schwestern bereitgestellt.

Schneller konnte man also in dieser Sache nicht arbeiten, denn es wurden oft Summen bewilligt, die kaum eingegangen waren. Jedenfalls war es praktische Winterhilfe, wenn man sofort verteilt, und nicht, wie in Berlin, mit der Verteilung wartet bis der Winter vorüber ist und zahlreiche Opfer zu beklagen sind.

Wirtschaft

Oberschlesien und das deutsche Hinterland.

In zehnter Stunde, kurz vor der Abstimmung erscheint das Buch des Amerikaners Sidney D. Sorenson „Die ober-schlesische Frage und das deutsche Kohlenproblem“ in deutscher Sprache (Verlag G. Stills, Berlin, Preis 18 M., geb. 22,50 M.). Mehr noch als all die eindrucksvollen Stimmen deutscher Staatsmänner und Schriftsteller ist es als Urteil eines unbeteiligten Ausländers geeignet, die Abstimmungsberechtigten an ihre Pflicht zu mahnen und für die Erhaltung des ungeteilten Oberschlesien bei Deutschland zu werben. Aus der Fülle des historischen, kulturhistorischen und wirtschaftlichen Materials geben wir hier Teile eines Abschnitts wieder, der von der Kammerzelle und industriellen Abhängigkeit Oberschlesiens und anderer Teile Deutschlands voneinander handelt:

„Das ober-schlesische Industriegebiet ist ein Mittelpunkt, der nicht nur den etwas begrenzten landwirtschaftlichen Ertrag Oberschlesiens aufsaugt, sondern auch die ausgebreiteteren Produktionen einer breiten Zone, die einen großen Teil von Ost- und Südost-Deutschlands ausmacht. Der Hauptartikel des Tauschhandels ist natürlich die Kohle. Da nun aber die Kohlenproduktion Oberschlesiens die Bedürfnisse der benachbarten Bezirke, mit denen es im Austausch steht, in jeder Hinsicht weit übersteigt, so ist es für die ober-schlesische Industrie geboten, ihr Arbeitsfeld im Tauschhandel zu erweitern und sich günstigeren Bedingungen selbst auf ferngelegenen deutschen Märkten für ihre Ware zu verschaffen.“

Es ist klar, daß Oberschlesien größere Märkte für seine Produktion haben muß, namentlich, wenn wir in Betracht ziehen, daß es in der Kohlenförderung an zweiter Stelle nach dem Ruhrgebiet steht, und daß es in Zint 68 Proz. für deutsche Bedürfnisse und 17 Proz. für die der ganzen Welt, und 10 Proz. Blei für die deutschen Bedürfnisse fördert.

Solch ein Markt besteht nun aber durch die engen und festen Bande der ober-schlesischen Industrie mit Deutschland. Nicht nur die geographische Lage, die natürliche, politische und wirtschaftliche Einheit mit Deutschland binden es an das Vaterland, sondern auch das unlösliche Netz eines Eisenbahnsystems, das es mit jedem Teil des Reiches verbindet.

Es kann für Oberschlesien keine andere mögliche Orientierung für sein Leben und seine Industrie geben, als diese enge Verwandtschaft mit Deutschland, da die benachbarten Staaten — Polen, Rußland, Böhmen — nicht nur selbst Konkurrenten in Eisen und Kohle, sondern auch nicht in der Lage sind, die größere Förderung Oberschlesiens zu absorbieren, wie Deutschland es tun kann.

Die Gruben und Hüttenwerke sind eng verknüpft mit anderen industriellen Unternehmungen und mit der Landwirtschaft, die als Lieferant und Verbraucher auftreten. Diese Verbindung ist für die Grubenindustrie unentbehrlich. Umgekehrt hängt der ganze Wohlstand anderer industrieller Unternehmungen in Oberschlesien, ihre Konkurrenz auf den Weltmärkten von einer billigen und bequemen Belieferung mit Kohle, Eisen und anderen Produkten der Gruben ab.

Der Grad gegenseitiger Verwandtschaft, ja Abhängigkeit voneinander in Handel und Industrie läßt sich durch viele Beispiele verdeutlichen. Kohler Maschinen und Getriebe (besetzt Oberschlesien dem Landwirt Kohlen für Dreschmaschinen und Dampf-pflüge und andere Maschinen. Oberschlesien beliefert außerdem die Landwirte mit einem gewissen Reichtum an Düngemitteln, die aus Schwefelsäure, einem reichen Produkt des Landes, hergestellt werden.

Wie schon gesagt, liefert Oberschlesien dem Landwirt nicht nur so vieles für seinen Betrieb, es ist auch von ihm, bei seiner großen industriellen Bevölkerung, abhängig. Demnach sind die noch Oberschlesien erschaffenen Nahrungsmittel sehr zahlreich. So ist Oberschlesien ein wichtiger Abnehmer sächsischer Landesprodukte, aber

auch aus anderen Teilen Deutschlands erhält es Rohmaterial und industrielle Produkte, die es nicht selbst liefert. Es bezieht Grubenlokomotiven für die Schächte, Magnetkessel für die Eisenwerke, feuerfesten Ton, feuerfeste Steine, Schiefererde für die Zinnwerke, Fast oil, Maschinen und maschinellen Apparate, die in Oberschlesien gebraucht werden, sind in anderen Teilen Deutschlands oder Schlesiens vorsefertig worden. Wenn diese für sich bestehende Tatsache beweist am besten die Abhängigkeit Oberschlesiens von Deutschland. Es gehört keine große Einbildungskraft dazu, um sich vorzustellen, was aus der Industrie Oberschlesiens würde, falls es von einem feindlichen, oder auch nur ihm weniger geneigten Deutschland getrennt ist wie alle seine Maschinen gebaut sind und alle Reparaturteile herkommen.

Durch seinen großen wirtschaftlichen Fortschritt in den letzten Jahrzehnten ist die wirtschaftliche Einheit Schlesiens wie auch sein Zusammenhang mit anderen Teilen Deutschlands nur noch mehr befestigt worden. Denn die Bergwerksbezirke zusammen mit anderen Teilen Schlesiens werden jetzt mehr und mehr die unentbehrlichen Lieferanten und Verbraucher für einen großen Teil Deutschlands. Die Industrie von ganz Ostdeutschland und der landwirtschaftliche Wohlstand Ostlich der Elbe sind darauf gegründet. Schlesien als Binnenland ist mit seiner großen Ausfuhr, — außer dem was, trotz geschlossener Grenzen, nach Rußland und Oesterreich geht — in seinem Handel, seinem Austausch vollständig von anderen Teilen Deutschlands abhängig.

Aber ebenso wahr ist es, daß das wirtschaftliche Leben Schlesiens als Ganzes mit Deutschland steht und fällt. Aus der natürlichen, politischen und wirtschaftlichen Einheit des Landes hat sich eine vollständige Solidarität in der Industrie gebildet, und wollte man einen Teil davon fortnehmen, so hieße das, das Ganze vernichten, bedeutete es die Zerstörung des aufbauenden Wertes der Produktion, dem sich ganze Generationen hingehend gewidmet haben.“

Verminderung des Notenumlaufes. In der ersten Februarwoche haben sich die seit Jahresbeginn andauernden, nur in der letzten Januarwoche unterbrochenen Rückläufe an Zahlungsmitteln fortgesetzt. In Banknoten und Vorkontostellen zusammen sind diesmal um 261,2 Millionen Mark in die Kassen der Bank zurückgeführt. Im einzelnen hat sich der Notenumlauf um 139,2 Millionen Mark auf 66 482,8 Millionen Mark, der Umlauf an Darlehenskassenscheinen um 123 Millionen Mark auf 11 217,5 Millionen Mark vermindert. Auch die Einlagekonten zeigen eine Entlastung, die in der Hauptsache auf Käufe von Schahamstellungen durch das Publikum zurückgeführt wird.

Interessengemeinschaft U.S.A. — Cink u. Hofmann. In der Sitzung des Ausschusses der U.S.A. und des Ausschusses von Cink u. Hofmann wurde vereinbart, die seit längerer Zeit angestrebte Annäherung der beiden Gesellschaften durch einen Aktienaustausch zu bekräftigen. Jede der beiden Firmen soll nom. 30 Millionen Mark junge Aktien der anderen mit Dividendenanspruch vom 1. Januar 1921 zu dauerndem Besitz erwerben.

Aus aller Welt. Der Explosionstod.

Eine verheerende Explosion ereignete sich am noch unbekannter Ursache am Sonnabend nachmittag kurz vor Schluß der Arbeitszeit in der an der Straße Seehilgen — Ohligs im Rheinland gelegenen Feuerwerksfabrik von Dumberg u. Co. In der Fabrik wurden zuzeit Färbepulver für Kinderpfeifen hergestellt. Durch die Explosion wurden ein Betriebsführer und zehn Arbeiterinnen getötet. Sieben Mädchen wurden schwer verletzt. Die Fabrik ist fast vollständig zerstört worden und die umliegenden Häuser sowie der benachbarte Wald schwer beschädigt.

Mysteriöser Mord und Selbstmord. Montag ist die Wesslerin des Rittergutes Klappesdorf, Dorothea Rohrbach, angeblich von einer zwölffährigen Annerwandin, durch drei Revolverkugeln getötet worden. Die angebliche Täterin hat sich dann selbst erschossen.

Todesurteil. Das holländische Schwurgericht verurteilte den Magistratebisarbeiter August Sommer, der am 7. August d. J. am Bergkälenweg seine Ehefrau ermordet hatte, zum Tode. Die Geliebte des Sommer, die Wirtschaftlerin Morida R. d. v. n., erhielt wegen Totschlags 12 Jahre Zuchthaus.

Beleidigung der Sieger. Vom französischen Brückenkopfkommendanten in Rehl wurde kürzlich ein Einheimischer zu einer Gefängnisstrafe von sechs Tagen wegen Beleidigung der Besatzungstruppen verurteilt. Der Bestrafte hatte in einer Wirtshaus auf einem Musikautomaten „Heil dir im Siegerkranz“ spielen lassen!

Belgischer Ordensstempel. Der Brüsseler „Standard“ berichtet, daß seit dem Waffenstillstand bis zum 1. Januar 1921 in Belgien 1 450 654 Orden verliehen worden seien. Die Rollen belaufen sich auf 3 857 720,80 Franc.

Nordseeminen an der amerikanischen Küste. Der amerikanische Landdampfer „Newitt“ (2800 T.) wird seit 18 Tagen vermißt. Man befürchtet, daß das Schiff in den amerikanischen Gewässern auf eine Mine gelaufen ist, die aus der Nordsee nach dem Atlantischen Ozean vertrieben wurde. Es haben sich in der letzten Zeit verschiedentlich an der amerikanischen Küste Minen deutschen und englischen Ursprungs gezeigt, die aus den ehemaligen Minenfeldern der Nordsee stammen sollen.

Schlafrankheit in New York. „New York Herald“ berichtet, eine Schlafkrankheitsepidemie mache in New York rasche Fortschritte. Man melde 11 neue Fälle.

Bezirksverband Berlin
S.P.D. — 23. Rd.
Unter Mitgl.
Emma Linstädt
Sippener Str. 35
ist am 12. Febr. verstorben.
Ehre ihrem Andenken!
Beerdigung am Mittwoch,
3 Uhr, auf dem Friedhof
Siedow. Bestattung
11/19 Der Vorstand

Am 16. Januar kurz
vorläufig nach einer schweren
Operation meine liebe Frau
und treue Lebensgefährtin
Elise Thomae
im 52. Lebensjahre, 8186
Der trauernde Gatte:
Wolff Thomae, Friedrichs-
Str. 10, Berlin-
Mitgl. 5
Die Kindererben sind
am Mittwoch, den 16. Febr.,
abends 6 Uhr, im Krematorium
Griedrichstraße 101.
Antragbuch annehmen

Am 12. Februar nach
unvermeidlichem plötzlichen
Tode
Auguste Blankenburg
Die vor wenigen Wochen
erkrankte die fast fünf-
und-sechzigjährige unermüde
als Patientin in unserer
Krankenabteilung, der
sie seit Gründung des Ge-
sellschafts angehört.
Ihre werden der treuen
Mutterliebe und lieben
Kollegen ein ehrendes An-
denk zu bewahren.
Verstorbene u. Bestattungs-
u. Beerdigungs-Gesellschaft
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, 17. Februar,
namm. 9 1/2 Uhr, auf dem
Friedhof der Friedrichs-
Gemeinde, Vossplatz 17,
statt.

**Die Nervenschwäche
der Männer**
als Folge jugendlicher Ver-
irrungen u. Ausschweifungen,
Ursachen, Verhütung u. Heilung
von Dr. G. Wendt,
& Auflage. Preis M. 3.— Zu
bestellen durch das Institut
für Gesundheitspflege Wies-
baden 77 11/17

Kaufen Sie
DIXIE
von Henkel
bestes
Seifenpulver
Preis Mk. 2.25 das Paket.
Alleinige Fabrikanten:
Beckel & Cie., Düsseldorf.

Rustica
die
Feder
unserer
Zeit
BRAUSE & ISERLOHN
Tuchfabrik-Niederlage
von H. Lamprecht, Berlin - Suptow, Dönhofsstr. 17,
verkauf Damen-, Herrenstoffe u. Fabrikwaren an Privat
**Kenner
kaufen
Kapitan
Kautabak**
Zu haben in den meisten
Zigarren-Geschäften
General-Vertrieb
C. Hüker, Berlin
Lichtenberger Straße 22
(Kgl. Hofl.)
Hemdentuche,
Inletts, Herrens- und Damen-
stoffe verkauft an Private
konkurrenzlos billig. Beste
Bezugsquelle für Wiederver-
käufer. Altbekanntes, reelles
Partiwarengeschäft.
ROSENBAUM, Berlin N. 37,
Kastanien-Allee 19 20. (1076)

Blei u. Zinn
Altmetalle kauft zu hoch.
Preisen Zinnschmelze
Prinzess-Str. 17, Mot 14429
Metallankaufsstelle
Osten.
Grüner Weg 30
täglich Tagespreise für
**Kupfer, Messing,
Blei, Zink etc.**
Zinn u. Blei
biete alle Altmetalle kaufen
zu Tagespreisen
Metallschmelzwerke,
Waldemarstr. 74.
Telephon Moritzplatz 9085
**Kupfer, Rotgüß,
Messing usw.**
kauft zu den höchsten Tages-
preisen
Buckower Str. 12, Ecke Dres-

Die Pariser Nartheit.

Genosse Ramsay MacDonald, der für die bevorstehende Nachwahl in Woolwich von der Labour Party als Parlamentskandidat aufgestellt ist, äußerte in einer Versammlung, daß England wahrscheinlich mindestens die Hälfte der von Deutschland verlangten ungeheuren Entschädigung in Form von Arbeitslosigkeit, Bankrotten und hohen Preisen selbst werden tragen müssen. „Eine Nation — sagt er — die dem besiegten Gegner Entschädigungen auferlegt, die sie selbst bezahlen muß, ist offensichtlich eine sehr menschenfreundliche Nation. Aber wenn ihr euch während ihr so tatsächlich selber bezaht, einbildet, die Last auf andere abzuwälzen, dann seid ihr nicht mehr Menschenfreunde, dann seid ihr Narren!“

Ein französischer Wähler?

Paris, 14. Februar. (WZ.) Das „Journal des Débats“ (das, ebenso wie der „Temps“, das offizielle Organ des französischen Auswärtigen Amtes ist. Die Red.) stellt mit anderen Blättern fest, daß Staatssekretär Bergmann seit seiner Rückkehr nach Paris keine Fühlung mit französischen Kreisen gesucht habe. Es sei unnütz zu sagen, daß die französische Regierung keine Initiative ergreifen werde, um vor der Konferenz Zusammenkünfte oder Verhandlungen mit den deutschen Delegierten herbeizuführen; aber sie werde sie nicht ablehnen, wenn sie vorgeschlagen werden.

Tauung der Longuetisten.

Paris, 14. Februar. (E.G.) Die französische Sozialistenpartei, welche die Anhänger der „Erneuerung“ der Internationalen umschließt, hielt gestern ihre erste Vollversammlung ab. Der Sekretär der Partei, Paul Faure, konnte feststellen, daß die Partei zahlreiche Anhänger gewonnen habe. 54 Parteisekretariate seien bisher errichtet, 20 andere auf dem besten Wege, wieder aufzuleben. Der Kongress beschloß, sich auch mit der Frage der Parteianghörigkeit von Albert Thomas. Es wurde festgestellt, daß die Beibehaltung des Amtes als Generalsekretär des Arbeitsbureaus mit der Parteimitgliedschaft nicht zu vereinbaren sei. In der Nachsitzung beschloß man, die Parteimitglieder Renaudel, Longuet, Mikraï, Faure und Brada nach Wien zur Konferenz zu entsenden.

Paris, 14. Februar. (WZ.) Der Nationalrat der sozialistischen Partei (Richtung Renaudel-Longuet) hat gestern einmütig beschlossen, das Blatt „Le Populaire“ in Kürze zu einem Morgenblatt umzugestalten, dessen politische Leitung Longuet und Leon Blum übernehmen werden.

Der abwärtsgleitende Block.

Paris, 14. Febr. (E.G.) Bei der Nachwahl in Hochsavoyen hatte der Bloc National eine starke Stimmenabnahme zu verzeichnen. Sein Kandidat erhielt nur etwa 22 000 Stimmen gegenüber 24 000 bei der Hauptwahl (im November 1919. Die Red.). Der radikal-sozialistische Kandidat gewann über 4000 Stimmen. Die Entscheidung liegt jetzt bei den Kommunisten, die über 7000 Stimmen erhielten. Sie werden die Frage zu entscheiden haben, ob sie an ihrem ursprünglichen Beschluß festhalten wollen, sich bei Stichwahlen für keinen bürgerlichen Kandidaten aussprechen zu wollen.

Neue Ausweisungen in Oberschlesien.

Kattowitz, 14. Februar. (WZ.) Montag sind Regierungsrat n. Fallois, Polizeirat Hoerhpe, Kriminaloberwachmeister Bienefeld und Polizeibote Stümpe ausgewiesen worden. Sie müssen bis zum 15. d. M. das Abstammungsgebiet verlassen haben.

Mordtaten.

Kattowitz, 14. Februar. (WZ.) Der deutsche Plebiszitatskommissar für den Kreis Hindenburg (O.S.) hat an die Herren Le Rond, de Marini und Percival folgendes Schreiben gerichtet: Am 3. d. M. wurde auf dem Wege vom deutschen Plebiszitatskommissariat in Bieschowitz nach seiner Wohnung der Knapschaftsleiter Paul Schymura, Vater von fünf Kindern, mitschuldig erschossen.

Am 5. d. M. wurde in Hindenburg ein deutsches Bergmännchen durch polnische „Uro“-Beute gestört, die heimkehrenden Teilnehmer überfallen, schwer mißhandelt und der Ziegelmeister Wagners Krüger, Vater von vier Kindern, erschossen.

Am 10. d. M. wurde ein Auto zwischen Wapochau und Preiswitz von bewaffneten Polen überfallen, ein Passagier erschossen und der Chauffeur schwer verletzt.

Am 13. d. M. vormittags 10 1/2 Uhr wurde die Ortsstelle Bieschowitz des dortigen Plebiszitatskommissariats von 200 Polen umstellt. Die Menge erzwang den Eingang in das Bureau, beraubte die Wohnung und durchsuchte das ganze Haus nach dem Ortsstellenleiter, Rektor Wesse, bedrohte seine Frau und entwendete trotz Protest Aktien.

Am 12. d. M. wurden nachmittags in der Nähe der Überfallstelle in Wapochau polnische bewaffnete Banden feststellt und Sonntag wurde am Wapochauer Gelände von circa 120 Bewaffneten eine regelrechte Feldübungsübung abgehalten.

Im Namen der deutschen Bevölkerung des Kreises Hindenburg bitte ich um Schutz und Entsendung einer Untersuchungskommission zwecks Feststellung und Bestrafung der Schuldigen.

Dittmann, deutscher Plebiszitatskommissar.

Deutscher Wahltag.

Bei der Gemeindevahl in der stark ländlichen, auch von vielen Polen bewohnten Stadt Kreuzburg (O.S.) wurden abgegeben 5182 deutsche Stimmen und nur 270 polnische Stimmen. Von den 30 Stadtverordneten ist nur ein einziger Pole.

Damokles als Wahlinitiator.

Warschau, 14. Februar. (WZ.) Warschauer Zeitungen teilen mit, daß Polen die französische Regierung ersucht habe, von der Liquidation des in Frankreich befindlichen Vermögens von Oberschlesien bis zum Bekanntwerden des Ergebnisses der Abstimmung Abstand zu nehmen. Die französische Regierung habe sich bereit erklärt, dieser Forderung Folge zu leisten.

Die Saarvertretung.

Die Reichsregierung protestiert dagegen, daß die Völkerbund-Vereinbarung des Saargebietes dessen aufwärtige Vertretung Frankreich übertragen hat. Sie weist darauf hin, daß die Frage, ob das Saargebiet für Deutschland Ausland ist, erst 1935 durch eine Volksabstimmung entschieden werden soll. Die Reichsregierung beantragt den Schutz der Saarländer im Auslande insoweit als sie deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.

Interalliierte Heberpreisen.

Bln, 14. Februar. (WZ.) Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete hat in Anbetracht der bevorstehenden Wahlen zur Erleichterung des Wahlgeschäftes und der Wahlpropaganda die interalliierte Rheinlandkommission ersucht, vom 6. bis 20. Februar die Kammerbesitz für politische Versammlungen aufzugeben. Das Gebieten ist exterritorial geblieben. Die Rheinlandkommission ist also weit reaktionärer als selbst das alte preussische Verwaltungsorgan.

Die herrliche Prügellarmee.

Menschenhinder Hiller vor Gericht.

Ins Gesicht schlug.

Nach Vernehmung des Generalkonsuls Weber und des Generalmajors Grautoff über das Zustandekommen der Berufungsschrift, beschließt das Gericht, daß die Beantragung des Gerichts durch den Angeklagten verworfen wird, ebenso seine gegen die Berufung erhobenen Einwände.

Der Angeklagte wird hierauf zur Sache vernommen und gibt eine Schilderung der Leiden, die seine Kompanie auf dem Karpatenkamm in 1000 Meter Höhe bei dem Dorfe Dolzky durchzumachen hatte. Die Temperatur betrug 25—30 Grad unter Null, Unterstände wie im Westen gab es nicht, die Verpflegung war sehr mangelhaft und konnte kaum herangebracht werden. Fünfhundert Meter gegenüber lagen die Russen. Die militärische Lage war äußerst schwierig, weil die Truppe keine Reserve hinter sich hatte, wären die Russen durchgebrochen, so hätte sie niemand mehr aufhalten können. Der Angeklagte bestritt, übermäßig gekrafft zu haben, er habe nur Strafen vollstreckt, die der Bataillonskommandeur gegengezeichnet habe. Er bestritt nach wie vor, den Helmhale geschlagen zu haben.

Es wird dann ein kriegsgerichtliches Urteil vom Februar 1916 verlesen, wonach Hiller wegen vorschriftswidriger Behandlung eines Unteroffiziers (Ohrspeigen und Schlag mit Gewehrkolben) zu einer Woche Stubenarrest verurteilt worden ist.

Darauf wird in die Zeugenvernehmung eingetreten. Zeuge Ingenieur Schmidt war als Offizier der Kompanie des Angeklagten zugezogen. Er sagt im allgemeinen günstig für den Angeklagten über dessen Person aus. Hiller habe nicht mehr Alkohol genossen als die anderen auch, er habe es abgeteilt, obwohl er krank war, sich krank zu melden, und erklärt, ich lasse mich nicht eher ablassen, ehe ich nicht zusammenbräche.

Es erfolgte dann die Vernehmung des Arbeiters Dichterfeld, der mit Helmhale bei der 12. Kompanie zusammen war, und der beobachtet hat, wie Helmhale an den Baum gebunden war. Der Befehl, wie Helmhale angeordnet und gelehrt. Als dann Helmhale später infolge seiner Krankheit nicht zum Gewehrreinigen kommen konnte, habe Oberleutnant Hiller ihn in das Arrestloch sperren lassen, in dem der Deserteur Kaiser lag. Der Gruppenführer Ruhnigk habe dann aus dem Parolebefehl mitgeteilt, daß Helmhale

nichts zu essen bekommen

sollte. — Angekl. Hiller: Ich habe den Befehl nicht gegeben. — Staatsanwalt Dr. Sauer: Welchen Eindruck machte Helmhale, als er in den Arrest abgeführt wurde? — Zeuge: Er war so marode, daß er sich kaum auf den Beinen halten konnte. — Vors.: Befragte der Kompanieführer viel? — Zeuge: Schrecklich viel. Wir hörten von ihm nur

Ausdrücke wie „Schwein“, „Was“, „Hammer“ usw.

Hierauf wurde der jetzt in Frankfurt a. M. wohnende Raurer Sebastian Kaiser vernommen, der in den Karpaten desertiert war, wieder ergriffen wurde und der 12. Kompanie zur Bewachung übergeben worden war. Kaiser hat später eine Kopfverletzung erlitten und ist nervenleidend, so daß er sich bei früheren Vernehmungen einmündig widersprochen hat. Der Zeuge gibt an, daß Oberleutnant Hiller eines Tages den Helmhale zur Beschäftigung aus dem Arrestunterstand herausgeholt ließ. Dabei habe er gesagt:

„Schlagt das Schwein doch tot.“

Helmhale sei von dem Kompanieführer außerdem getreten und mit einem Becken geschlagen worden. — Staatsanwalt Sauer: Ist der Kranke Helmhale in dem Arrest von einem Arzt untersucht worden. — Zeuge: Nein. — Staatsanwalt Sauer: Befolgen Sie regelmäßig Ihre Verpflegung? — Zeuge: Nein, nur was mir die Kameraden zusteckten.

Der Zeuge Berlin befandte folgendes: Im März war Helmhale an einen Baum gebunden. Ich sah, wie der Angeklagte auf ihn einredete und ihn dann

vor dem Unterstand, in dem Helmhale untergebracht war, habe ich Posten gestanden. Mein Gruppenführer hatte uns eingeschärft, Helmhale nichts zu essen und zu trinken zu geben. Deshalb das Bimmern des Helmhales nicht mit anzuhören, hieterte deshalb in das Loch hinein und gab ihm einen Schneeball, damit er seinen Durst löschen konnte. Obwohl ich Baie bin, habe ich sofort gesehen, daß Helmhale schwer krank gewesen sein muß. — Vors.: Waren zu dieser Zeit noch mehr Leute in der Kompanie krank? — Zeuge: Ja, es herrschte damals eine Seuche bei uns, eine Art Ruhr oder Typhus. Als Helmhale aus dem schmutzigen Loch am folgenden Tage durch zwei Kamerasden herausgeschleift wurde — er selbst konnte nicht gehen —, äußerte der Angeklagte Hiller, der dabei stand:

„Ist das Was noch nicht freigeht?“

und verfehlte ihm einen Fußtritt. Das habe ich, so sagt der Zeuge, mit eigenen Augen gesehen und werde es nie vergessen. — Auf eine Frage des Vorsitzenden bemerkt der Zeuge schließlich noch, daß die Behandlung durch die Vorgesetzten in der 3. Kompanie, in die der Zeuge dann später kam, im Gegensatz zu der in der 12. Kompanie sehr gut war.

Der folgende Zeuge Unteroffizier Bollberg befandte, daß er, als Helmhale an einen Baum gebunden war, gesehen habe, wie der Kompanieführer dem Helmhale einen Stoß oder Schlag mit der Hand verfehlte. Einige Tage nach dem Tode Helmhales sei dann der Kompanieschneider Böfller zu ihm gekommen und habe erzählt, daß der Angeklagte Hiller mit dem Kompaniearzt sich darüber unterhielt,

wie man „die Sache deicheln“ müsse.

Damit bezüglich des Todes Helmhales ihnen keiner an den Wagen fahren könne. — Es kommt dann noch zu einem Zusammenstoß zwischen dem Angeklagten und dem Zeugen Bollberg, da Hiller dem Zeugen vorhält, er habe bei der ersten Verhandlung ausgesagt, daß er eine Mißhandlung Helmhales am Baum nicht gesehen habe. Trotz dieses Vorhaltes bleibt der Zeuge jedoch bei seiner Darstellung.

Der nächste Zeuge, der Buchdrucker Rabke, gibt eine Schilderung mehrerer Fälle von Mißhandlungen durch den Angeklagten. So habe Oberleutnant Hiller den Fülller Hoffer, der auf dem Marsch in den Karpaten von einer Frau ein Stück Brot nahm, mit einem Stoß oder einer Keilgerie geschlagen. Der Zeuge selbst wurde, als er eines Nachts einmal ein Strohholz entzündete, vom Leutnant Lindmüller geohrfeigt. In einem anderen Falle habe Hiller den Unteroffizier Sella, der den Befehl, nachts die feindlichen Drahtverhaue zu durchschneiden, nicht ausgeführt habe, rechts und links geohrfeigt. Als die Kompanie im Mai in den Karpaten lag, litt sie unter der furchtbaren Hitze. Trotzdem durfte jeder Mann pro Tag nicht mehr als ein Kochgeschirr Wasser für sich verbrauchen. Der Zeuge holte eines Nachts Wasser von einem nahen Brunnen und füllte dabei auch einige Reserve-Kochgeschirre. Als er mit dem Gefäß beim Kompanieführer vorbeikam, mußte er die überzähligen

Kochgeschirre vor den Augen Hillers ausschütten.

Als die Kompanie dann in Dolzky in Ruhe lag, wurden mittags in der Kirche immer fünf bis zehn Mann zur Strafe an dem Kreuzweg oder an einen Pfahl angebunden. — Der Angeklagte erklärt zum Hohl Sella, daß er den Unteroffizier geohrfeigt habe, weil dieser nicht die eigenen Drahtverhaue befähigungsgemäß zerschneiden habe, und die Kompanie infolgedessen beim Sturm am folgenden Morgen in den Drähten hängen blieb und 8 bis 10 Tote hatte. Der Zeuge behauptet dagegen, daß die Kompanie überhaupt keine eigenen Drahtverhaue hatte. Hiller habe auch einmal seine Leute stundenlang im Regen stehen lassen und ihnen verboten, sich durch Zeltdächer zu schützen.

Hierauf wurde die Verhandlung auf Dienstag morgen 9 1/2 Uhr vertagt.

Grubenstilllegungen in Frankreich.

Dem französischen Bergarbeiterblatt „Le Travailleur du Soud-Sol“ (Nr. 2, 1921) entnehmen wir folgenden Artikel, der geeignet ist, Aufsehen zu erregen. Er lautet wie folgt: „Ich, der ich in Frankreich Kohlengruben stillgelegt werden, weil die Kohlen nicht abgebaut werden können! Warum nun noch mehr Kohlen aus Deutschland? Der Artikel lautet wörtlich:

„Paris, 31. Dezember 1920. Wie aus vielen Gruben, die seit einem Monat vom Bureau des Chorbons“ (französisches Staatskohlenkontor) keine Verandauforderung erhielten, so sehe auch ich mich verpflichtet, am 3. Januar bei der letzten Schicht den Betrieb der Grube einzustellen. Ich hoffe, daß die Situation sich baldigst ändern wird, damit der Betrieb baldigst wieder aufgenommen werden kann. Der Grubenverwalter, gez. Martz.“

Diese Zellen bildeten das Revolvergeschloß, welches den Bergarbeitern des Departements Du Lot in Gestalt einer Befehlsanweisung angeboten wurde. Die gleiche Befehlsanweisung der Arbeitsanstellung wurde, so schreibt die „Bergarbeiterzeitung“, den Bergarbeitern von Puy-de-Dôme, Allier, Saône-et-Loire und der Isère mitgeteilt. Teilweise Einstellung der Kohlenarbeiten sind festgestellt in den Bergwerken von Sinates, Montblac, Burdies, Saint-Perebous, Saint-Vegere, La Rure, Saint-Berain, Perreuil usw.

Wie ist dies nun möglich geworden, daß in einem Lande, in welchem die Kohlenarbeitern nach herrscht, der Kohlenbermann ohne Arbeit ist? Die Regierung des „Bloc National“ hat sich zu teuren Auslandspreisen gewaltige Kohlenstocks angesetzt und um diese nun an den Mann zu bringen, gibt das Kohlenverteilungsamt keine Bestellungen an die französischen Gruben ab. Dadurch wird ohne große Verluste die angesammelte Kohle noch verkauft werden. Die Mißwirtschaft und besonders der Bergmann nun für diese stuchwürdige Politik der Regierung aufkommen. Der Angst, daß infolge der letzten Lohnforderung der Bergarbeiter letztere in Streik treten würden, hat man die ausläubische Kohle angedulst, um damit die Streikbewegung abzuwehren zu können. Die Vorherrschaft der Hauptstadt Paris hat sich bewährt und diese Kapitalistenregierung versucht noch zu retten, was noch zu retten ist. Warum getraut man sich nicht, die Arbeitslosigkeit in den armen Bergarbeiterdörfern vorzunehmen? Warum nur in diesen kleineren Gruben? Würde die Regierung die Arbeiterkolle oder die „Schwarze Bande“, an die sie mit Haut und Haaren gefettet ist?

Schwedische Krise.

Stockholm, 14. Februar. (WZ.) Unfähig des Rücktritts-erlasses der Regierung hat der König heute nachmittags mit dem Reichstagspräsidenten (Gen. Lindquist, Red.) und den Parteiführern konferiert. „Sozialdemokraten“ erklärt, daß der Gedanke eines Koalitionstablacks jetzt noch weniger möglich sei als im Herbst und meint, daß die kommende Regierung denselben Lag haben wird wie die alte, mit einigen wenigen Personalveränderungen. Die konservativen Presse äußert ihre Befriedigung über den Rücktritt der Regierung. „Aftonsbladet“ gibt ein Gerücht weiter, wonach Branting den Auftrag erhalten habe, das neue Kabinett zu bilden.

Das Reich gegen Olve. Gegen die ständige Befolgsungsordnung für Beamte und Angestellte hat das Reichsfinanzministerium auf Grund des sogenannten Sperrgesetzes Einspruch erhoben. Die Befolgsungsordnung wird nunmehr von dem am 18. d. M. zu sammmentretenden Landtag nochmals durchberaten werden.

Polizeibeamte und Fall Priesdorff.

Zum Fall von Priesdorff hat am Montag eine öffentliche Versammlung von Polizeibeamten Stellung genommen, in der mit 2 1/2 Tausend gegen wenige Stimmen eine Entschließung angenommen wurde, in der es heißt:

Wir verurteilen auf das entschiedenste die aus Anlaß der Entlassung des Geheimrats von Priesdorff in einem Teil der Tagespresse gegen das Ministerium des Innern geführten Angriffe, soweit diese Angriffe auf Grund einseitiger Informationen die Angelegenheit zu politischen Zwecken auszunutzen suchten. Wir brauchen eine Polizei, die im Dienst sowohl als auch in der Berufsorganisation unabhängig von politischen Einflüssen ihre Pflicht tut und sich nur so das Ansehen in allen Volksschichten sichern kann. Die bisherigen Verhandlungen der berufenen Vertreter der Berufsorganisationen der Polizei mit dem Ministerium des Innern haben gezeigt, daß sich das Ministerium unbedingt auf denselben Boden stellt.

Die „Preussische Schuhmanns-Zeitung“ stellt fest, daß die „preussischen“ Geider, die Priesdorff auf seinen Inspektionsreisen unter die Polizeibeamten mit vollen Händen austeilte, von Seiten stammten, die dem Kapp-Putsch sehr nahe standen. Offenbar sollten diese Geider dazu dienen, um die Sicherheitspolizei der Reaktion in die Hände zu liefern.

Die Befolgung der Referendare.

Vor einigen Tagen wurde die Öffentlichkeit durch den „Vorwärts“ darauf hingewiesen, daß sich die Regierung bis heute noch nicht bereitgefunden habe, den Referendaren in Anbetracht der künftigen wirtschaftlichen Lage eine Befolgung zu gewähren und damit auch den Minderbemittelten den Vorbereitungsdienst zur höheren Beamtenlaufbahn zu ermöglichen. Der alte Sozialvertrau den Grundlag, daß der Vorbereitungsdienst ohne Entlohnung zu erfolgen habe. Ist es nun auch in Hinsicht auf die kritische finanzielle Lage dem Staate im Augenblick nicht möglich, die Referendare durch Gehaltsgewährung in die Beamtenlaufbahn einzubeziehen, so wird doch, wie die V. V. N. erfahren, an in den nächsten Tagen eingehender Erlass des preussischen Finanzministers Vademann, den bedürftigen Referendaren eine wertvolle Unterstützung in Form laufender Unterhaltungs- und Pflegegewährungen.

Kein Schulgeld für Volksschulen!

Der amtliche preussische Pressedienst schreibt: Durch eine Anzahl kleinerer Blätter geht die irreführende Notiz, daß die Regierung ersichtlich mit dem Gedanken umgehe, in den Volksschulen die Erhebung von Schulgeld einzuführen. Obwohl der „Vorwärts“ bereits darauf hingewiesen hat, daß diese Nachricht falsch ist, sei um ihr entgegnet den Garau zu machen, auch noch amtlich festgestellt, daß die preussische Regierung an die Erhebung von Schulgeld in den Volksschulen nicht gedacht hat, und daß eine solche Erhebung für sie auch nicht in Frage kommt.

Gewerkschaftsbewegung

Das Ueberschichtabkommen der Bergarbeiter.

Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands verbreitet folgende Erklärung: Durch die Presse geht die Nachricht, daß am Sonntag eine Konferenz der Vertrauensleute unseres Verbandes zur Ueberschichtfrage Stellung genommen und beschlossen habe, das Ueberschichtabkommen zu kündigen und nicht zu erneuern. Diese Nachricht ist irreführend; denn es hat eine solche Konferenz für das ganze Ruhrgebiet noch nicht stattgefunden. Infolgedessen liegt auch kein endgültiger Beschluß in dieser Frage vor. Zugegeben soll aber werden, daß eine Reihe von Bezirksstellen- und Bezugsstellenverfammlungen sowie auch einzelne Bezirksführerkonferenzen sich mit dieser Frage beschäftigt und die Einstellung der Ueberschichten verlangt haben. Die Verhandlungen darüber sind aber noch nicht abgeschlossen. Der Vorstand wird in aller nächster Zeit zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen. Maßgebend dabei werden auch die Entschlüsse sein, die auf der Internationalen Konferenz in London gefaßt worden sind.

Des weiteren teilt der Verbandsvorstand in seiner Erklärung mit, daß mit der Regierung Verhandlungen eingeleitet sind, die in den nächsten Tagen zum Abschluß kommen dürften und bezwecken, daß die Ausgabe von Lebensmitteln und sonstigen Zuwendungen nicht mehr auf den Zeichen, sondern durch die Konsumgenossenschaften erfolgen wird. Es ist in Aussicht genommen, diese Neuordnung ab 1. März in Kraft treten zu lassen.

Der Streit in der Herrenkonfektion.

Die Zentralleitung des Bekleidungsarbeiterverbandes schreibt uns: Der Streit in der Herrenkonfektion scheint seine Wirkung bereits auszuüben und den Arbeitgebern unangenehm zu werden. Sie gehen deshalb dazu über, Maßnahmen zu ergreifen, um ihre Position zu verbessern. Scheinbar auf Beschluß des Arbeitgeberverbandes hat man den Zuschneidern und den im Zeitlohn Beschäftigten die Entlassung ortsweises gestattet. Das wird aber ohne Wirkung bleiben, denn von den Zuschneidern und Zeitlohnern ist das Arbeitsverhältnis durch den Streit nicht gelöst, sondern nur unterbrochen. Zudem wissen die Arbeitgeber so gut wie wir, daß die Beendigung des Streits nur unter der Bedingung möglich ist, daß Maßregelungen nicht stattfinden und alle Streikenden wieder zu ihren früheren Arbeitsplätzen zurückkehren können.

Weiter wird uns aus den verschiedensten Orten mitgeteilt, daß die bestreikten Arbeitgeberverbände von ihrer Organisationsleitung angewiesen sind, die nicht bestreikten Firmen zu veranlassen, ihre Arbeiter auszusperren. Auch diese Maßnahme war bisher vollständig ohne Erfolg. — Weiter geht man dazu über, den Mitgliedern des Verbandes bestimmte Vorschriften zu diktiert; für deren Nichteinhaltung sind hohe Konventionalstrafen festgelegt. Ebenso hat man Mitglieder verwandter Arbeitgeberverbände bei hohen Konventionalstrafen verpflichtet, keine Arbeiten mehr auszuführen, die sonst von den bestreikten Firmen angefertigt werden.

Von besonderem Interesse ist noch, daß sich in Elberfeld die Polizei in den Dienst des Streiks stellt, natürlich nicht zugunsten der Arbeiter, sondern der Arbeitgeber. Aus allem ist ersichtlich, daß der Streit seine Wirkung auf die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes nicht verfehlt und durch festes Ausbleiben im Kampfe auch fester die Hartnäckigkeit der Unternehmer drehen und sie zu weiterem Entgegenkommen zwingen wird.

Die Tariffrage im Versicherungsgewerbe.

Der Arbeitgeberverband teilt mit: Mit den Angelegenheiten sollten gestern Verhandlungen über den neuen Reichstarifvertrag für die Angestellten bei den Verwaltungs- und Provisions-Generagenturen stattfinden. Auf den Provisionsgeneralagenturen wurden bisher wesentlich geringere Gehälter gezahlt als auf den Direktoren und den Verwaltungsgeneralagenturen, weil die Provisionsgeneralagenturen als Einzelarbeitgeber nicht die gleiche Leistungsfähigkeit haben wie die Direktoren. Diese geringere Leistungsfähigkeit der Provisionsgeneralagenturen ist auch in früheren Schlichtungsverfahren stets anerkannt worden. Trotzdem waren die Arbeitgeber bereit, für die männlichen Angestellten der Provisionsgeneralagenturen ab 1. Januar 1921 die gleichen Bezüge zuzugestehen, wie sie der angenommenen Schlichtungsstelle für die Angestellten der Direktoren festgesetzt hat. Auch für die weiblichen Angestellten wurde eine sehr bedeutende Erhöhung zugestimmt, so daß deren Bezüge nur um 15 Proz. hinter den Bezügen der männlichen Angestellten zurückblieben. Die Angestellten fordern völlige Gleichstellung der weiblichen mit den männlichen Angestellten und lehnten, als ihnen dies nicht zugestimmt wurde, jede weitere Verhandlung mit der Organisation der Provisionsgeneralagenturen ab. Da aus sachlichen Gründen für die beiden Arbeitgeberverbände nur ein gemeinsamer Tarifvertrag, wie er auch bisher bestanden hat, in Frage kommen konnte, blieben infolge der Weigerung der Angestelltenverbände, über die weiteren Punkte in eine gemeinsame Erörterung einzutreten, die Verhandlungen zunächst ergebnislos.

Wir geben diesen Bericht der einen Seite natürlich nur zur Information wieder.

Erfolgreiche Lohnbewegung der Müllfischer.

Zwischen der Direktion der Müllfischergesellschaft und den im Betriebe in der Abteilung Müllabfuhr tätigen Arbeitnehmern sowie dem Deutschen Transportarbeiterverband ist in letzter Stunde eine Verständigung erzielt worden. In einer nochmaligen Ver-

handlung nahm die Geschäftsleitung von der verlangten Mehrleistung Abstand und erhöhte das Lohnangebot von 6 auf 7 1/2 Proz. Demzufolge betragen die Löhne für Arbeiter 848 M., für Schaffner 824 M., für Verladearbeiter 809 M., für Stalleute 276 M. und für Hofarbeiter 264 M. pro Woche. Außerdem sind in der Urlaubsfrage und in der Auslegung des § 616 B.G.B. (Zahlung des Lohnes bei Krankheiten) wesentliche Verbesserungen ausgemacht. Mit diesem Ergebnis beschäftigte sich eine am 10. d. Mts. stattgefundene Versammlung, welche dem Angebot die Zustimmung gab.

Der Streit in der Zugschlepperbranche beendet.

Vor dem Schlichtungsausschuß ist es am 9. Februar 1921 zu einer Verständigung gekommen, wonach den jugendlichen Arbeiterinnen statt 4 M. = 6 M., den gebildeten Arbeiterinnen statt 9 M. = 12 M. und den Affordarbeiterinnen 10 M. pro Woche ab 1. Januar gezahlt

Oberschlesier erhebt Einspruch!

Wer erhebt Einspruch?

Antwort:

Der Stimmberechtigte, wenn

1. sein Antrag auf Eintragung in die Stimmlisten abgelehnt ist,
2. sein Antrag von den paritätischen Ausschüssen zur Entscheidung dem Internationalen Bureau übergeben worden ist,
3. ihm eine Nachricht über erfolgte Eintragung in die Stimmlisten noch nicht zugegangen ist.

Wann und wo ist der Einspruch zu erheben?

Antwort:

Sofort auf dem Bureau der nächsten Ortsgruppe der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier. Hierzu die aus Oberschlesien zugehende Benachrichtigung mitbringen, falls solche eingetroffen ist.

Wie hat der Einspruch zu lauten?

Antwort:

Der Einspruch ist eingehen zu begründen und mit Datum u. U. erschrift zu versehen. Die Ortsgruppen geben jedermann hier genaue Auskunft.

Was ist die Folge, wenn nicht sofort Einspruch erhoben wird?

Antwort: **Stimmverlust!**

Vereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier.

werden. Bei den Fach- und Hilfsarbeitern sind gegenüber dem früheren Angebot der Unternehmer auch 2 M. bis 3 M. pro Woche ab 1. Januar mehr bewilligt. Die Herren bezeichneten es als skandalös, daß während der Arbeitszeit die Betriebe verlassen wurden. Wir meinen, die niedere Entlohnung sei eher als skandalös zu bezeichnen. Verblüfft und empört hat die Herzen der einseitigen Wille der 1100 Beschäftigten, wovon ca. 70 Proz. weiblich sind. Trotz der Not ist die Arbeiterchaft nicht feige und hat durch einen 4 Tage dauernden Streik ihren Willen gezeigt, der für später keine Bedeutung hat. Die Arbeit wurde Freitag früh geschlossen wieder aufgenommen. Streikend waren 12 der größten Ringfirmen der Stein- und Holzbranche. Die Streikleitung.

Buchdruckerstreik in Kassel.

Wie ein Telegramm aus Kassel meldet, sind die Kasseler Buchdrucker Montag vormittag in den Ausstand getreten. Die Ursache dafür liegt in den allgemeinen Lohndifferenzen. Die Kasseler Zeitungen erscheinen nicht.

Buchbinder! In der am 16. Februar stattfindenden Branchenversammlung der Buchbinder werden Stimmscheitel ausgegeben. Diese können im Restaurant von Küller, Engelstr. 13, entnommen werden. Gleichzeitig werden unsere Kolleginnen und Kollegen aufgefordert, sich restlos an dieser Versammlung zu beteiligen. Der Aktionsausschuß.

König, Schindler! Heute abend 7 Uhr findet in der Königsbahn, Große Frankfurter Str. 117, die Fortsetzung der gemeinsamen Versammlung aller am Tode der Amsterdamer Internationalen findenden Mitglieder des Zentralverbandes der Schuhmacher statt. Mitgliedsbuch der Partei und Gewerkschaft legitimiert. — Betriebssekretariat der S.F.D.

Bekleidungsarbeiter-Verband! Chemische Industrie. Sämtliche Fachgruppen Funktionskonferenz der freien Gewerkschaften, Mittwoch, den 18. Februar 1921, abends 8 Uhr, in der Schulaula Deubenstr. 11a, Mitgliedsbuch und Funktionskarte legitimiert.

Zentralverband der Angestellten, Glasindustrie. Heute nachm. 5 Uhr Mittwöchige Versammlung, Aula Kaiser-Wilhelm-Realschule, Rodstr. 66.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Eltern- und Berufsbünde. Heute abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Sohl 18, Versammlung für alle in dieser Branche Beschäftigten, auch für Heimarbeiterrinnen. — Kollegen und Kolleginnen der Buchbinder, Buchdrucker und Geschäftsbuchhändler. Mittwoch, 16. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Saal 4 des Gewerkschaftshauses Deubenstrasse-Versammlung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Mittwoch abend 8 Uhr im Saal von Müll, Sohlstr. 19, für alle in der Damen- und Buchbranche beschäftigten Kolleginnen und Kollegen Mittwoch Versammlung. — Branche der Müllfischer und Transportarbeiter. Mittwoch abend 6 1/2 Uhr im Saal von Sohlstr. 17, Branchenversammlung.

Aus der Partei.

Die Partispaltung in Deutschböhmen vollzieht sich ganz nach dem unabhängigen Vorbild und mit allen hahlichen Begleiterscheinungen. Die Kommunisten berufen den Parteitag (sic) demahlen sich, die Fiktion aufrechtzuerhalten, da sie die sozialdemokratische Partei seien) für den Wähler als Reichsbund ein und die Reichsbundgenossen lassen zunächst als Kopfbild des „Tausendener Echo“ zweimal wöchentlich den „Sozialdemokrat“ erscheinen. Unverkennbar haben die Kommunisten in Nordwest-Böhmen Konfuzienblatter gegründet.

Soziales.

Die Versorgung der Altrentner.

Das Reichsversorgungsgesetz vom 21. Mai 1920 betr. die Militarrentenempfanger aus der Vorkriegszeit gilt nur für diejenigen früheren Angehörigen der deutschen Wehrmacht, die ihre Dienstleistung nach dem 31. Juli 1914 beendet haben und für die Hinterbliebenen dieser Personen, also in der Hauptsache für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen. Für diejenigen früheren Angehörigen der deutschen Wehrmacht und ihre Hinterbliebenen, die nicht unter das Reichsversorgungsgesetz fallen, die aber auf Grund früherer Gesetze Anspruch auf Versorgungsgebuhren haben (das sind also die Empfänger von Versorgungsgebuhren auf Grund einer Dienstleistung, die vor dem Weltkrieg beendet ist, die sogenannten Militarrentner oder Altrentner) ist ebenfalls eine Neuordnung der Versorgungsgebuhren unter Beruckichtigung der veränderten Wirtschaftsverhältnisse in Aussicht genommen. Die Reichsregierung hat in einer Sitzung des Reichstages Anfang Dezember 1920 die Erklärung abgegeben, da beabsichtigt ist, nach dem Vorbilde des Pensionserganzungsgesetzes durch Gesetz eine Angleichung der Bezüge der Altrentner an die Versorgungsgebuhren des Reichsversorgungsgesetzes herbeizuführen. Der Gesetzentwurf soll beschleunigt fertiggestellt und den gesetzgebenden Körperschaften zur Beschlieung vorgelegt werden.

Wiederaufnahme des Wohnungsbaues.

Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: Der Reichstag hat in der Sitzung am 3. Februar 1921 das Gesetz zur Förderung des Wohnungsbaues angenommen. Auf Grund dieses Gesetzes sind von der Reichsregierung 1 1/2 Milliarden Mark als Zuschu für Zuschue an Wohnungsbaue zur Verfügung gestellt worden. Ihre Verteilung auf die einzelnen Länder wird in den nächsten Tagen erfolgen. Es darf daher mit einer Wiederaufnahme der Wohnungsbautätigkeit in den nächsten Tagen gerechnet werden.

Die Harmlosigkeit der Agrarier.

Man schreibt uns: Als nach der Revolution die Einführung der Tarifverträge in die Landwirtschaft und der Erla der vorläufigen Landarbeitersordnung der Systemlosigkeit und Willkür der Agrarier bei der Festlegung der Arbeitszeit für die Landarbeiter Schranken setzte, gab es auf Seiten der Agrarier einen Sturm der Entrüstung, und das Wesen des Zusammenbruchs der Ernährungswirtschaft wurde an die Wand gemalt. Seitdem ist den Grogrundbesitzern jedes Mittel recht, um die Landarbeiterschaft von neuem zu führen und ihr die Notwendigkeit einer Verlängerung der Arbeitszeit schmackhaft zu machen. Sie scheuen sogar nicht jurid. eine Frage, die dem gesamten Volke am Herzen liegt, die Förderung der Furkuren für die notleidenden und unterernährten Kinder als Experimentsmaterial für ihre dunklen Bestrebungen in Anwendung zu bringen. So verpentlicht die „Deutsche Tageszeitung“ in ihrer Morgenausgabe vom 6. Januar die Meldung, die gesamte Arbeiterchaft des Rittergutes Silberberg im Kreis Besenhausen-Storkow habe beschloen, in diesem Jahre 100 Opferstunden Mehrarbeit zu leisten und die Hälfte des Lohnes dieser Mehrarbeit den armen kindlichen Kindern zu opfern. Feststellungen haben inzwischen ergeben, da diese Meldung völlig unwahr ist. Wohl hat die Arbeiterchaft des genannten Gutes sich mit einem beträchtlichen Anteil an der von der „Rinderhilfe“ ins Leben gerufenen Sammlung beteiligt; eine Verpflichtung auf Leistung von 100 Stunden Mehrarbeit ist jedoch nicht erfolgt. Die Landarbeiterschaft ist die letzte Arbeiterkategorie, die nicht die Notwendigkeit der Beteiligung an dem Hilfswert für die Wiedergewinnung unserer Zukunft anerkennt. Entschieden dagegen protestieren mu sie aber, da die Arbeitgeber in der Landwirtschaft glauben, hierin einen neuen Köder gefunden zu haben.

Der Wohnungsbau in Köln.

Die Stadtverwaltung Köln fordert einen weiteren Kredit von 60 Millionen Mark zur Förderung des Bauwesens. Damit steigt die Summe der Aufwendungen für diesen Zweck seitens der Stadt Köln auf 200 Millionen Mark, die damit rund 4800 Wohnungen erstellt hat, wozu allerdings seitens des Reiches noch 48 1/2 Millionen Mark Uberteuierungszuschue hinzugekommen sind. Köln steht mit dieser Leistung auf dem Gebiete der Wohnungsherstellung nach dem Krieg an der Spitze der deutschen Städte. Verbaut sind bisher 188 1/2 Millionen Mark. In der Zahl der 4900 Wohnungen sind die von privaten Unternehmern und gemeinnutigen Baugenossenschaften errichteten 2500 Wohnungen nicht eingerechnet.

Verantwortl. für den Inhalt: Leit. Dr. Berner Keller, Charlottenburg; für Köln: Dr. G. G. Berlin, Berlin; Verlags-Gesellschaft G. m. b. H., Berlin. Druck: Verlags-Buchdruckerei u. Verlagsbuchhandlung Paul Barmann u. Co., Berlin, Unterstr. 2, Seiten 1. Beilage.

Damen-Hute
Nur drei Tage
Uebergangshute und Strohhüte
 Noch nie dagewesen (Hute bis 400 M. Einkauf) verkaufe alle zu nur
25.- 45.- 75.- 95.- M.
 (Elegante Liseren mit fescher Garnitur)
 Kommen Sie sofort und decken Sie Ihren Bedarf, so vorteilhaft kaufen Sie nie wieder
nur Landsberger Str. 88
Modebazar

Enorm billiger Schuhverkauf
nur solange Vorrat reicht

Damen	Schuh	Herren
prima Ware		
125.-		175.-
135.-	Keine	185.-
145.-	Pappe	235.-
235.-		(Doppel-sohlen)

Schuhhaus Landsberger Str. 88

Billige Hosenwoche
 von Montag, 14., bis Sonnabend, 19. Februar.
Sämtliche Hosen sind bedeutend im Preise herabgesetzt
 grotenteils unter Anschaffungspreis.

Serie I Hosen sehr haltbar, in verschiedenen Mustern M.	55	Serie IV Hosen in verschieden. desantzen Mustern M.	150
Serie II Hosen in Kaumgarn und Cheviot M.	89	Serie V Hosen somahm gestreift, in Outways passend M.	170
Serie III Hosen aus gutem Kaumgarnstoff M.	120	Serie VI Hosen schwarz, aus vorzeitigem Tockkaumgarn M.	275

Unterhosen für Herren, sehr gute haltbare Qualität M. **5⁰⁰** | **Herrensocken** sehr gute, haltbare Qualität M. **5⁷⁵**

Nur BaerSohn Keine Fillialis mehr
Nur Chausseestrae 29-30 Nur